

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden!

Nr. 207.

Dienstag, den 5. September 1899.

6. Jahrgang

Hierzu eine Beilage.

Zur Lage.

Dreyfus-Prozess, Kanalvorlage, Venenpest und Transvaalstreit haben die Aufmerksamkeit des politischen Publikums in solchem Maße in Anspruch genommen, daß man bis in die letzten Tage hinein fast gar nicht mehr an ein gewisses Monstrum gedacht hat, dessen man immer gedenken sollte, so lange es nur moralisch und nicht faktisch todtgeschlagen ist — die Zuchthausvorlage. Hätte unser gesamtes Volk in freier Abstimmung über dieses Nachwerk zu entscheiden, so würde dasselbe mit Stolz zum Orkus fahren, d. h. mit so überwältigender Mehrheit, daß man seine Freude daran haben könnte. Allein die Vertreter gewisser privilegierter Schichten, die leider trotz des allgemeinen Wahlrechts in dem deutschen Reichstage ungemein und unverhältnismäßig zahlreich sind, halten daran fest, von dieser moralisch vernichteten Vorlage zu retten, was zu retten ist, und sie sind in der Zwischenzeit nicht müßig geblieben.

Die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion hat sich mit unerwarteter Entschiedenheit gegen das Gesetz ausgesprochen, namentlich die beiden „Sozialpolitiker“ der Partei, die Herren von Seyl und Wassermann. Aber es scheint eine stärkere Gegenströmung eingetreten zu sein. Die rheinischen Industriellen, die der nationalliberalen Partei angehören, sind durchaus für die Zuchthausvorlage und sehen Alles daran, sie durchzudrücken. Die Presse, welche die spezifischen Interessen dieser Gruppe vertritt, hat in diesen Tagen zur „Sammlung“ aufgefordert und hat deutlich darauf hingewiesen, daß sie es für notwendig halte, der Regierung in gewissen Fragen keine Opposition mehr zu machen. Bei der butterweichenden Natur des Nationalliberalismus werden solche Ermahnungen nicht ohne Eindruck bei den Wassermännern bleiben; hat doch Herr Wassermann, von dem Geschrei der rheinischen Scharfmacher beunruhigt, schon längst einen Pflock zurückgesteckt.

Und genau so wie bei den Nationalliberalen scheinen auch beim Zentrum bedeutende Schwankungen vor sich zu gehen. Jetzt ist für diese schwarzen Rühnhändler die geeignete Zeit gekommen. Die Regierung ist in der gegenwärtigen Situation, wo Alles so schön verfahren und verritten ist, genöthigt, Bundesgenossen zu nehmen, wo und wie sie dieselben eben findet. Unter solchen Umständen kann mehr bei ihr erreicht werden als sonst, und aus gewissen Anzeichen kann man schließen, daß von beiden Seiten Bemühungen zu einer „Verständigung“

im Gange sind. Kommt sie zu Stande, dann ist allerdings die dringende Gefahr vorhanden, daß die geplante Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter gelingt.

Die Agitation für die Zuchthausvorlage wird mit einem gewissen Geschick betrieben. Man läßt nicht allzusehr, damit die öffentliche Meinung nicht aufgeregt wird und nicht eine mächtige Gegenströmung in den Volksmassen sich geltend macht. Es gibt ja, Parlamentarier „heranzubringen“, die den Mittelparteien angehören, biegsame, geschmeidige Leute, welche der modernen Arbeiterbewegung mit gleichem Hasse gegenüberstehen, mögen sie sonst noch so sehr von einander verschieden sein. Der liberale Bourgeois sieht im Sozialismus einen Angriff auf sein Eigenthum, der ultramontane Priester sieht in demselben einen Angriff auf den Altar. Und da die Zuchthausvorlage eingeständenermaßen gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, so fällt es beiden Richtungen ziemlich schwer, sie aus taktischen Gründen abzulehnen; innerlich sind die bürgerlichen Parteien mit der Zuchthausvorlage einverstanden bis in die Freisinnigen hinein.

Man kann sonach sich auf „Ueberraschungen“ gefaßt machen. Eine Epoche, welche schon die merkwürdigsten „Umfälle“ gebracht hat, kann auch in der Zuchthausvorlage einen bringen, wie sehr sich auch die Führer der Mittelparteien in der ersten Lesung festgelegt zu haben scheinen. Wenn es gelingt, die Mittelparteien zu bewegen, daß sie die Zuchthausvorlage in irgend einer Form annehmen, dann ist ein Strom der Reaktion entfesselt, der den Rest unserer karglichen Volksrechte hinwegschwemmen wird. Denn wenn die Vorlage angenommen, so wird bei der Aufregung und Erbitterung unter den Arbeitern bei den Mittelparteien das Gefühl der Verantwortung noch ein Mittel in der Hand, die Reaktionäre zu züchtigen, nämlich das allgemeine Wahlrecht. Wenn die Furcht vor der Verantwortlichkeit bei den Mittelparteien aber groß wird, wenn die Scharfmacher ihnen dann entsprechend mit dem rothen Gespenst einheizen — werden dann nicht die Mittelparteien leicht auf den Gedanken verfallen, dem Volke das Instrument zu entreißen, mit dem es sie zu züchtigen im Stande ist? Werden sie dann nicht die Frist, die ihnen noch bis zum Ablauf ihrer Mandate gegeben, benutzen, um sich sicher zu stellen? Dann wäre die Zeit gekommen, für die Wahlentscheidungspläne der Junker und was damit zusammenhängt.

Wir befinden uns thatächlich in einer sehr ernsten Lage. Der Siegeslauf der sozialistischen Bewegung wird zwar nicht aufgehalten werden, wenn die schwarzen Pläne

der Reaktionäre gelingen. Aber deshalb muß nicht weniger unbeugsamer Widerstand gegen die Reaktionspläne geleistet werden, um dem deutschen Volke die Mühe zu ersparen, daß es die Rechte, die es jetzt hat, sich noch einmal erobern muß.

Aus der emsigen und wohlorganisirten Wählerarbeit der Reaktionäre erkennt man sehr wohl, daß es auf einen großen Schlag abgesehen ist. Es gehört das zu der Verschärfung des Klassenkampfes, die in unserer Epoche unvermeidlich geworden ist. Die mit einander ringenden Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer müssen naturgemäß zu immer schärferen Zusammenstößen kommen, weil der Kapitalismus sich in seiner Ausbeutungsfreiheit durch die Arbeiterorganisationen beschränkt sieht. Wohin die Unternehmer steuern, das sieht man am besten bei der großen Aussperrung in Dänemark. In diesem Lande, das sich sonst seiner politischen Rechte und Freiheiten rühmt, wollen die Unternehmer den Arbeitern das Koalitionsrecht einfach wegdekretieren, und wer sich das nicht gefallen lassen will, fliegt auf die Straße. In Deutschland geht man den Arbeiterorganisationen noch gründlicher zu Leibe, indem man die Klinte der Gesetzgebung dabei in Anspruch nimmt.

Angeichts aller dieser Dinge ist es für das deutsche Volk ein dringendes Gebot, sich zu rühren und wachsam zu sein. In dritthalb Monaten wird die Zuchthausvorlage wieder auf der Tagesordnung des Reichstages stehen. Ihre Annahme kann nur verhindert werden, wenn das ganze Volk in einmüthiger und entschlossener Haltung sich den Reaktionären gegenüberstellt. Denn die Mittelparteien werden sich dann doch sehr besinnen, ob sie dem gesammten Volke das Koalitionsrecht nehmen und sich mit einer Verantwortlichkeit bepacken wollen, die auf die Dauer unerträglich werden würde.

Es ist ein Wendepunkt, an dem wir stehen. Gelingt es den Reaktionären, die Vorlage durchzudrücken, dann kommt eine Strömung, die alles weggreift, was noch an Volksrechte erinnert; wird die Vorlage aber abgelehnt, dann ist der Uebermuth der Scharfmacher gedämpft und wird die Arbeiterbewegung um so mächtiger und umfassender zur Geltung gelangen. Die Sozialdemokratie kämpft in der ersten Linie gegen die Reaktion; möge der ganze Heerban des arbeitenden Volkes in Stadt und Land sich anschließen, damit die Gefahr abgewendet und der Vorlage das verdiente Schicksal bereitet wird. („H. Echo.“)

Prozess Dreyfus.

Die Sonnabendszugung des Kriegsgerichts wurde Morgens um 6 1/2 Uhr eröffnet.

Zwanglose Wochenplauderei.

Zunächst habe ich heute ein geschickenes Unrecht wieder gut zu machen. Die Verichtigung, daß der Häuptling der Schwartauer Freisinnigen Grün und nicht Green heiße, ist durch Satans Lücke am Donnerstag unter die Rubrik „Frankreich“ gerathen, und so sehen wir denn den alten Herren in halber Gemeinschaft mit Mercier, Guerin und anderen Helden des Dreyfusprozesses zu Füßen des Fort Chabrol sitzen. Das hat er nicht verdient, und so erkläre ich denn feierlich und öffentlich, daß er nur wesentlich dorthin gerathen ist und nie in seinem Leben mit dem gefällichten Bordereau und ähnlichen Spezialitäten unseres „Erbeindes“ etwas zu schaffen gehabt hat. So! Nun wäre unser Gewissen in diesem Punkte erleichtert, und ich kann meine Aufmerksamkeit deutschen „Affairen“ zuwenden. Ich kann mir nicht versagen, heute einmal mit fremdem Kalbe zu pflügen. Dem „Vorwärts“ ist ein streng vertrauliches Aktenstück auf das Redaktionspult geflogen, das einen interessanten Einblick in die stramme Organisation der Landrath und verwandten Berufsgruppen bietet, und aus dem unsere Gewerkschaften vielleicht manches lernen können. Das kulturhistorisch werthvolle Dokument lautet:

„Streng vertraulich! Hochverehrter Herr und Kollege! Mit Entrüstung haben Sie bereits vom dem unerhörten Attentat des Ministeriums Hohenlohe auf unsere verfassungsmäßigen Rechte erfahren. Eine Anzahl unserer bewährtesten und charakterfestesten Männer sind gemäßigt worden, weil sie nach Ehre und Gewissen ihrer Ueberzeugung gemäß im Abgeordnetenhaus gegen die Kanalvorlage gestimmt haben. Zwar sind die Frauen

und Kinder der von der Maßregelung betroffenen Landräthe und zwei Regierungspräsidenten gegen die unmittlere Noth geschützt, weil ihre Ernährer Wartegeld erhalten. Darum ist aber die Handlungsweise des Ministeriums Hohenlohe nicht minder verwerflich und unerträglich. Wie aber sollen wir diesem Schlag begegnen, der uns in unseren heiligsten Empfindungen und höchsten Rechten bedroht? Es giebt nur ein Mittel: Wir müssen uns solidarisch mit den edlen Märtyrern des Mittelstandkanals erklären. Kein in den Traditionen des preussischen Adels erzogener Mann darf fürderhin dieser Regierung dienen. So erwarten wir denn auch von Ihnen, hochverehrter Herr Landrath, daß Sie sofort die Arbeit niederlegen, selbst auch dann, wenn Sie bisher keine sonderliche Arbeit geleistet haben sollten. Die gemäßregelten Kollegen haben mit anerkennenswerthem Opferwillen den für die kräftige Durchführung dieses Ausstandes unbedingt notwendigen Ueberwachungsdienst übernommen. Zugut ist fernzuhalten, und wir glauben, daß mit Hülfe unserer ausgestellten Caricaturjäger — nöthigenfalls unter energischem Appell an ihr Ehrgefühl, und wenn das nicht hilft, unter Androhung gesellschaftlichen und geschäftlichen Boykotts — zu ihrer Pflicht gerufen werden können. Sollten Sie von der Regierung kein Wartegeld erhalten, so sind bereits die nöthigen Summen zur Verfügung, um Ihnen und Ihrer Familie während der Zeit des Kampfes eine standesgemäße Lebensführung zu ermöglichen. Streikarten sind auf unserer Geschäftsstelle erhältlich. Zugleich theilen wir Ihnen mit, daß über sämtliche Ministerien die Sperre verhängt ist. Wir dürfen mit den in Betracht kommenden Persönlichkeiten auch nicht mehr die unverbindlichen gesellschaftlichen Höflichkeiten austauschen, geschweige denn, daß wir mit ihnen verkehren. Helfen Sie uns, hochverehrter Herr

Landrath, in unseren berechtigten Bemühungen, so zweifeln wir nicht im mindesten, daß wir siegen werden. Die Annahme der Regierungsarbeitgeber muß gebrochen werden! Durch Nacht zum Licht! Hoch die Solidarität der Verwaltungsbeamten! Nieder mit dem Ministerium Hohenlohe! Das Organisationskomitee des Vereins zur Wahrung der Interessen der höheren Verwaltungsbeamten.“

Es bleibt nun abzuwarten, wieviele Streikbrecher sich finden werden unter den „Ehelfen und Besten.“ Das Schriftstück deutet schon darauf hin, daß die Ausständigen es an dem bei Streiks angeblich üblichem Terrorismus nicht fehlen lassen werden, und da in jenen Kreisen derselbe in Form von Duellen sich zu äußern pflegt, so sind manche Leute sehr gespannt darauf, ob diese Ausschreitungen auch wie bisher nach einem besonderen Paragraphen des Strafgesetzbuches oder nach denjenigen beurtheilt werden, welche die Lübecker Arbeiter in's Zuchthaus brachten. Da Licht und Schatten nach Ansicht des Grafen Posadowsky in Deutschland gleichmäßig vertheilt werden, so neigen wir letzterer Meinung zu und sehen schon im Geiste eine Reihe Ihenplize und Köckerige den Spuren des großen Hammerstein folgen.

Welche Perspektive eröffnet sich da! Aus dem kleinen Königreich im Königreich, aus dem absoluten Landraththum herausgerissen und zu einer Nr. 111 degradirte, sie, die einst Minister eine „0“ zu nennen ungestraft wagen darften. Entsetzlich! Leute, die es verstanden, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in echt konservativem Sinne zu „regulieren“, mit kurzgeschorenem Haar in kaffeebraunem Gewande, eingesperrt in Isolirzellen und gezwungen, ihr „Penum“ zu liefern bei Strafe des Sattenarrestes und der Kostentziehung, sie die an Auster und Champagner besser gewöhnt sind, als der

Major Hartmann
seht seine Aussagen zum Brück des Vorderaus fort, welche auf die eingeführten Abänderungen in den Formationen der Artillerie bezieht. Hartmann setzte auseinander, welche verschiedene Bedeutung das Wort „Formation“ für einen Artilleristen haben kann und sagt, wenn es sich um die Formationen für den Kriegsfall handelte, so könnten nur die Offiziere des ersten Bureaus und die der dritten Division vor dem 4. Juli 1894 Anstufte über dieselben entscheiden, nach dem 4. Juli die Organisation des Bureaus des Generalstabes, vieler Offiziere und selbst inaktiver Beamten bekannt gewesen und jeder Frontoffizier hätte sie erfahren können, wenn er wollte. Wenn es sich dagegen um die Manöverformationen handelte, so könne kein Generalstabsoffizier in Frage kommen, sondern höchstens die Offiziere, welche bezüglich der Besuche mit neuen Formationen der Artillerie auf dem Lande waren, einschließlich der Offiziere des 3. Armeekorps, welche dem Manöver von Chalons beiwohnten. Hartmann ging dann zu dem Punkte des Vorderaus über, welcher über die Schießvorschriften handelt und sagte, der Verfasser des Vorderaus hätte sich dieselben nur mit Schwierigkeit verschaffen und dieselben auch nur wenige Tage behalten können.

Major Hartmann sagte weiter dar, daß die höheren Offiziere des 3. Armeekorps die Schießvorschriften besitzen könnten, da sie den Schießübungen im Jahre 1894 beigewohnt hätten. Dieselben hätten also die Uebersetzung derselben in dem im Vorderaus vorkommenden Ausdruck anklagen können, aus denen man überhaupt schließen könne, daß die Uebersetzung nicht von einem Artilleristen erfolgt sei. Hartmann sagte weiter, der Schrapnel C.1891 weise nicht die geringste ernsthafte Ähnlichkeit mit dem Robin-Geschosse auf. General Deloye erhebt Widerspruch dagegen, daß von dem Schrapnel in öffentlicher Sitzung gesprochen werde. Hartmann erklärte, es würde genügen, die Öffentlichkeit für 10 Minuten anzuschließen. Der Präsident sagte, wenn die Verteidigung Erklärungen in dieser Hinsicht wünsche, so werde am Montag früh eine geheime Sitzung stattfinden. Nach einem Meinungsaustausch mit einem Mitgliede des Kriegsgerichts, erklärte Hartmann auf eine Frage Laboris, es wäre für Esterhazy leicht gewesen, sich im Lager von Chalons Informationen zu verschaffen, um die Note über Madagaskar und diejenige über die Bedeckungstruppen zu verfassen. Auf eine weitere Frage Laboris erwiderte Hartmann, ein Artillerie-Offizier würde bei dem „Geschütz 120 kurz“ nicht von einer „hydraulischen Bremse“ gesprochen haben. Hartmann sagte dann auseinander, daß man in Deutschland nur ganz allgemein über die Bremse unterrichtet sein dürfte und fügte hinzu, man könne nur, wenn man das Geschütz absehend sehe, derartig werthvolle Kenntnisse von demselben gewinnen, daß es für eine auswärtige Macht wünschenswerth sei, sie sich zu verschaffen.

General Deloye gegen Major Hartmann.

General Deloye bemerkte, ein Offizier hätte sich die betreffenden Informationen im Gespräche mit anderen Offizieren verschaffen können. Major Hartmann antwortete, er glaube nicht, daß dies bei Drehfus der Fall gewesen sei, denn diejenigen, mit denen Drehfus sich unterhalten haben würden, wären sicherlich vor dem Kriegsgerichte erschienen, um über die Schritte, die Drehfus bei ihnen getan hätte, anzuklagen. Deloye sagte, er habe in Bourges Nachforschungen angestellt über den Ver Rath, den Drehfus bezüglich des Robin-Geschosses begehren konnte. Robin erklärte damals, Drehfus habe ihn nur über Verbesserungen am Werkstoff befragt. Deloye fügte hinzu, er habe sich nicht über die Schuld oder Unschuld des Drehfus auszusprechen, er könne nur sagen, daß es nicht zutreffend sei, wenn Drehfus behauptet, er habe sich gewisse Mittheilungen nicht verschaffen können. Labori erwidert Deloye, sich darüber auszulassen, welche Wichtigkeit die Dokumente hätten, die im Allgemeinen Verräther einer fremden Macht ansichern können welche Bedeutung insbesondere die von dem Urheber des Vorderaus ausgelieferten Schriftstücke gehabt hätten. Deloye lehnte das zuerst mit sehr bewegter Stimme ab, erklärte aber dann, es lasse sich aus dem Vorderaus feststellen, daß der Verräther ein Meister sei, der die große Wichtigkeit der von ihm ausgelieferten Schriftstücke kenne. „Als ich das Vorderaus las“, fügte Deloye hinzu, „war ich sehr erschrocken.“ (Sensation.) Auf eine Frage Laboris erklärte Deloye ausbrüchlich, daß die von dem Urheber des Vorderaus gemachten Mittheilungen von größtem Interesse gewesen seien. Major Hartmann, der hier eingriff, erklärte, daß, wenn der Urheber des Vorderaus auch ein Meister sei, er doch jedenfalls von artilleristischen Dingen nichts verstehe, denn, wenn er von dem „Geschütz 120“ mit hydraulischer Bremse spreche, so habe er Sachen ausgeliefert, die bereits bekannt waren, und wenn er von dem „Geschütz 120 kurz“ spreche, so bediene er sich eines unzutreffenden Ausdrucks. Drehfus wies auf den Irrthum des Generals Deloye hin, der geizig habe, daß die dritte Artillerie-Division die Schießvorschriften dem zweiten Bureau zur Verfügung gestellt hatte.

Mercier meldet sich zum Wort.

Hierauf erklärte Mercier, man konnte die Schießregeln verwenden ohne die Schießvorschrift. Mercier sprach sodann über den Ausdruck „hydraulische Bremse“ und sagte, da die Deutschen diesen Ausdruck gebrauchen, war es natürlich, daß ein Korrespondent der Deutschen ihn ebenfalls anwandte!

Hartmann

an die Reihe, der ausjagte, eine grammatische Prüfung des Vorderaus bringe zu dem Schluß, daß das Vorderaus nicht von Drehfus herrühre. Hartmann hob hervor, daß im Vorderaus sprachliche Elemente verschiedener Nationalitäten, so namentlich der

Kanalarbeiter an Schwarzbrot und Speck. Ungeheuerlich! Nein, soweit darf es nicht kommen. Dieses Amusement wollen wir denen lieber überlassen, für die die „Ordnung“ des Klassenstaates sie geschaffen hat. Sie können's auch besser ab. Sene würden zusammenbrechen unter der Wucht des Schicksals, das der Proletarier erträgt im stillen, stärfenden Bemühtsein seiner Unschuld und in der Hoffnung auf ein schöneres Einsl. Diese kehren zurück zu uns unerlöset . . .

Aus dem kerkereichen Antlitz
Blickt uns entgegen des alten Adams
Ungebeugter, angebeugter Geist,
Und die freitretenden Mienen tünden
Alte Streitsucht, neuen Kampfesmuth;
Und mit ihnen schwören wir Alle:
Nicht eher rasten, nicht eher ruhen wir,
Nicht eher endet die Fehde,
Nicht eher wird Friede,
Als wir das leuchtende Ziel erreicht:
Freiheit, Gleichheit und Recht!
Und drängt der Zwingers Anstre Gebärde
Noth und Elend, Verbannung und Tod,
Tägliche Drangsal und schwere Verfolgung —
Trotz aller Kräfte, trotz Schmach und Kränkung:
Wir kennen nur Eines: Vorwärts! Vorwärts!

Deutsch, vorhanden seien, und zog die Schlußfolgerung, daß das Vorderaus von Esterhazy herrühre.

Um 9 1/2 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederannahme der Sitzung ging es dem braven General Gouze nochmals an den Krage. Ihm wurde durch Picquart unzweifelhaft die Mitwisserschaft an dem gegen Picquart gerichteten Intriguen nachgewiesen.

General Gouze im Kreuzverhör über die Verletzung des Briefgeheimnisses.

Der Berichtschreiber verlas die Briefe, welche Picquart und Gouze zu einer Zeit wechselten, wo sie sich mit dem Treiben Esterhazy's beschäftigten. Labori stellt fest, Gouze habe Picquart gegenüber niemals von den Geständnissen gesprochen. Gouze erwiderte, er habe stets Picquart gewarnt, die beiden Affairen auseinander zu halten. Labori fragte, wie man die beiden Affairen, deren Untergrund derselbe sei, aneinanderhalten könne. Gouze antwortete, das konnte man thun, weil die Urheberhaft des Vorderaus Drehfus zugeschrieben worden und dieser deswegen verantwortlich sei, und sein Beweis dafür vorgelegen habe, daß Esterhazy der Urheber sei. Labori drückte seine Verwunderung darüber aus, daß man vor diesem Irrthum noch nicht zurückgekommen sei. Sedan wurde Picquart an den Reagenten gerufen. (Bewegung im Saal.) Er sagte, er habe die Briefe von Gouze einem Advokaten übergeben an dem Tage, an welchem er erfahren, daß er Gegenstand abwechselnder Machenschaften gewesen. In Tunis habe er einen Drohbrieff von Henry erhalten. Der Brief sei mit Zustimmung der Generale Gouze und Boisdeffre abgehandelt worden. Für die Veröffentlichung der Briefe sei er jedoch nicht verantwortlich. Gouze behauptete, der Brief Henry's sei ohne seine Zustimmung geschrieben worden, und die Antwort auf einen herausfordernden Brief Picquart's gewesen. Gouze bemerkte weiter, Picquart habe überall Machenschaften gewittert, Picquart erwiderte, er habe Gouze das Geheimnissbündel gleichzeitig mit dem Vorderaus gebracht, damit derselbe sehe, daß Drehfus wahrheitsfalsch ungeschuldig sei. Gouze gab auf eine Frage Labori zu, daß einer der an die Adresse Picquart's nach Tunis gerichteten Briefe offen war.

Andererseits berichten entnehmen wir über die Vlamage des Generals Gouze noch folgende Einzelheiten.

Von Labori eindrucklich befragt, gesteht Gouze, anfangs verlaunt, dann unumwunden zu, daß gewisse für Picquart nach dessen Sendung nach Tunis eingelaufene Briefe geöffnet und gelesen wurden. Gouze gestattete diesen Vorgang angeblich lediglich im Interesse des Dienstes. Unruhe erregte im Publikum Gouze's Antwort auf Labori's Frage: „Was sagten Sie zur Fälschung Henry's?“ „Das war ein sehr unangenehmer Zwischenfall, eine recht fatale Sache.“ Labori: „Ihr Urtheil ist milde.“ Gouze: „Hätte Henry mich zu Rathe gezogen, so würde ich gesagt haben: Lassen Sie das. Die Geheimnissbündel enthalten genug Stücke, wo Drehfus' Name voll ausgeschrieben ist.“ Labori: „Nennen Sie die Nummern dieser Geheimnissbündel.“ Der Präsident erklärte diese Aufforderung als unzulässig. Labori: „Ich kann nicht zugeben, daß solche Behauptungen heute vorgebracht werden; da wir die Geheimnissbündel kennen, werde ich seiner Zeit meine Schlüsse ziehen.“

Nach dem Bericht des „V. L.“ spielte sich die interessante Szene wie folgt ab: Labori: Was deutet General Gouze von der Fälschung Henry's. War es nicht eine Machination gegen Picquart? Gouze: Die Fälschung sei eine unglückliche, bedauerliche That gewesen. (Heiterkeit.) Henry habe ein Dokument mit dem Namen Drehfus' fabrizirt, der schon in einem Dokument des diplomatischen Vossler existirt. Labori erklärt, daß sich im diplomatischen Vossler nicht ein einziges Stück mit dem Namen Drehfus befindet. Präsident: Sie dürfen nicht von dem geheimen Vossler sprechen. Labori: Ich protestire, Herr Präsident. Ich verlange, daß General Gouze das Dokument nennt. Präsident: Ich werde die Frage nicht stellen. Labori: Gut, Herr Präsident, dann werde ich im rechten Augenblick die Schlußfolgerungen widerlegen müssen.

Der Junge Defonds-Lamothe.

Sehr günstig für Drehfus lauteten die Aussagen des ehemaligen Artillerieoffiziers und Kameraden von Drehfus, Defonds-Lamothe. Durch das Zeugnis Lamothe's wurde festgestellt, daß von den Generalstabsoffizieren zur Verfügung gestellten Schießanleitungen, die er, Lamothe, vertheilt und einsammelte, keine fehlte. Ferner legte Lamothe jenes ministerielle Circular vor, welches der Kategorie von Offizieren, der Lamothe und Drehfus angehörten, ankündigt, daß sie nicht an dem Manöver theilnehmen würden. Somit könne Drehfus das Vorderaus nicht geschrieben haben, dessen Schlußwort lautet: „Ich begeben mich zum Manöver.“

Lamothe sagte aus, daß Picquart ihm auf sein Ersuchen im Jahre 1894 die Schießvorschrift anshändigte, die er, so lange er wollte, bei sich behalten habe. Zeuge erklärt, daß kein zum Generalstabe kommandirter Offizier im Jahre 1894 glauben konnte, daß er zum Manöver kommen würde. Das Circular vom 15. Mai hatte den Termin der Manöver bestimmt. Man habe das Vorderaus vordatirt, um es zeitlich vor das Circular zu stellen. Zeuge sagt, es sei für ihn ganz sicher, daß Drehfus nicht der Urheber des Vorderaus ist. Ein Artillerieoffizier habe die Note über die Bedeckungstruppen nicht schreiben können. Durch das Circular sei die Anklage gegen Drehfus vollständig zusammengerückt. Die Generale Gouze, Boisdeffre und Roget wandten sich mit großer Erregtheit gegen Lamothe. Auf eine Frage des Generals Roget erklärt Defonds-Lamothe, seine Uebersetzung von Drehfus' Anschuld dative von der Veröffentlichung der Unterführung des Kassationshofes. Er sei wie vom Blitz getroffen gewesen, als er sah, daß man das Datum des Vorderaus geändert hatte. Roget und der Junge Lamothe gerieten so scharf aneinander, daß der Präsident sie trennen mußte. Drehfus selbst bemerkte, daß er schon 1894 vergeblich die Vorlegung des Circulars verlangt habe, aus dem unbedingt hervorgehe, daß der Satz des Vorderaus, der von der Abreise in's Manöver handle, nicht von ihm geschrieben sein könne. Gegen 12 Uhr wurde der Prozeß auf Montag vertagt.

Politische Meinungen.

Als Märtyrer ihrer Ueberzeugung feiert die „Deutsch. Tagesztg.“ die wegen ihrer Abstimmung gegen den Kanal zur Disposition gestellten Landräthe und Regierungspräsidenten. Die „Pommersche Reichspost“ erklärt: „Im Lande wird die Liste der Proskribirten als eine Ehrenliste angesehen werden.“ „Ehre diesen Männern“, betont die „Deutsche Tagesztg.“ und hält der Regierung vor: „Das Urtheil des deutschen Volks und das der Geschichte steht fest. Selbst die begeistertsten Anhänger der Regierung, wenn es solche noch irgendwo geben sollte, werden nicht behaupten können, daß sie groß oder klug gehandelt habe. Des Mitleids bedürfen die Beamten nicht. Sie werden diese Maßregelung, die ihnen angedroht war und mit der sie rechnen mußten, mit voller Gelassenheit tragen, sie verlassen als Sieger den Platz, vom vollen Vertrauen ihrer Wähler und ihrer Kreisinsassen begleitet. Der Tag, an dem die Verfügungen beschlossen wurden, ist ein dies ater (schwarzer Tag,

Unglückstag) in Preußens Geschichte. Aber ein Oute hat er: er wirkt klärend und befreiend. — Diese Ausführungen der „Deutschen Tagesztg.“ werden der Regierung den Beweis liefern, wie verkehrt ihre Maßregel war.

Die Erneuerung des Antisemitismus durch — Lassalle. Zum Parteitag der deutschsozialen Reformpartei, der am 9.—11. September in Hamburg stattfindet, hat der Antisemit Karl Liebermann, Hamburg St. Pauli, den Antrag eingebracht:

„Der Parteitag wolle beschließen, in das Parteiprogramm folgende Forderung aufzunehmen: Lösung der sozialen Frage durch die freien individuellen Produktiv-Assoziationen der Arbeiter vermittelt Staatskredit nach den Prinzipien von Ferd. Lassalle als das unerlässlichste Bedürfnis unserer Zeit und als eisernen Bestand der Initiativ-Anträge im hohen Deutschen Reichstage.“

Daß jetzt der — Jude Lassalle helfen soll, den Antisemiten sozialpolitische Einsicht zu verschaffen, ist voller Humor. Was rettet die Welt vor Verjudung, wenn selbst die treuesten Hüter des Teutenthums Arm in Arm mit Lassalle das „unerlässlichste Bedürfnis unserer Zeit“ stillen?

Die Scharmacher für das Buchhausgesetz sind wieder sehr rührig. Das Direktorium des Centralverbandes deutscher Industrieller, das am 28. v. M. tagte, verhandelte u. A. über den Gesekentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen. Unter voller Billigung des dem Entwurfe zu Grunde liegenden gesetzgeberischen Gedankens sprach das Direktorium sein „Verdauern“ aus über die seitens der Mehrheit des Reichstages dem Gesekentwurf zu Theil gewordene Behandlung. Das Direktorium beschloß, behufs Stellungnahme des Centralverbandes zu dem in Rede stehenden Gesekentwurf etwa in der Mitte des Monats November ds. Js. eine Versammlung aller dem Central-Verbande angehörigen bzw. nahestehenden Industrien zu berufen. — Von den Grundrissen, wie sie ihr Parteigenosse, der Abgeordnete Baffermann im Reichstage vertret, sind die Herren Großindustriellen himmelweit entfernt. Hoffentlich bleiben ihre Wählerkreise fruchtlos.

Manöver und Güterverkehr. Wegen der großen, in Württemberg stattfindenden Manöver wird dort der Güterverkehr eine bedeutende Einschränkung erfahren. Die Wehrde macht amtlich bekannt, die Beförderung der Truppen nach Schluß der Manöver erfordere „am 14. September eine solche Zahl von Sonderzügen, daß es nicht möglich ist, den Güterverkehr an diesem Tage aufrecht zu halten. Es ist deshalb vorgesehen, daß am Donnerstag, den 14. September, der Güterzugsverkehr auf dem ganzen württembergischen Bahnetz, wie an Sonntagen, ruht. . . . Zur thunlichen Vermeidung von Störungen wird am Sonntag, den 17. September die Sonntagsruhe im Güterzugsverkehr ausnahmsweise aufgehoben.“ Am 14. September fallen außerdem 9 Lokalzüge und 7 Güterzüge mit Personenbeförderung wegen Truppenbeförderung aus. Auch die Neckarflößerei ist für die Zeit vom 4. bis 14. September gesperrt, da in der Gegend von Cannstatt Schiffbrücken geschlagen werden. — Militär voran!

Konkursstatistik. Nach der vorläufigen Mittheilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes zur Konkursstatistik gelangten im zweiten Vierteljahr 1899 im Deutschen Reiche 1980 neue Konkurse zur Zählung gegen 1839 im zweiten Vierteljahr 1898. Es wurden 180 Anträge auf Konkursöffnung wegen Mangels eines auch die Kosten des Verfahrens deckenden Massebetrages abgewiesen und 1800 Konkursverfahren eröffnet; von den letzteren hatte in 1131 Fällen der Gemeinschuldner ausschließlich die Konkursöffnung beantragt. Beendet wurden im zweiten Vierteljahr 1899: 1699 (2. Vierteljahr 1898: 1648) Konkursverfahren, und zwar durch Schlußvertheilung 1106, durch Zwangsvergleich 438, infolge allgemeiner Einwilligung 46 und wegen Masse mangels 109. In 567 beendeten Konkursverfahren war ein Gläubigerausschuß bestellt. Es betrafen von den 1980 neuen und den 1699 beendeten Konkursverfahren: physische Personen 1741 neue und 1502 beendete, Nachlässe 147 und 119, Handelsgesellschaften 74 und 65, Genossenschaften 7 und 7, andere Gemeinschuldner 11 und 6 Konkursverfahren.

Die letzte Session des preussischen Landtages. Ueber die Thätigkeit bezw. Unthätigkeit derselben ist Folgendes zu bemerken: Sie begann am 16. Januar und hat 99 Sitzungen des Abgeordnetenhauses zu verzeichnen. Von den Vorlagen, welche die Eröffnungsthronrede angekündigt hatte, sind zwei dem Landtag gar nicht zugegangen: die Vorlagen, betreffend die Waarenhaus-Versteuerung und die Kleinbahnen. Die Gründe für ihr Ausbleiben sind nicht die gleichen. Die Waarenhausbesteuerung ist nur deshalb nicht erschienen, weil die Vorarbeiten dafür noch nicht fertig sind. Aber eine bezügliche Vorlage im reaktionären Gewande wird sicher kommen. Die Kleinbahnenvorlage dagegen wurde wohl zurückgehalten, um an ihr ein Pressionsmittel für die Vertreter des Ostens in Sachen des Mittellandkanals zu haben. In ähnlicher Verquickung befand sich die Gemeindegewaltreform, die dem Centrum als Preis für die Bewilligung der Kanalvorlage gewidmet werden sollte, schließlich aber grad so scheiterte wie die Kanalvorlage selbst. Nicht zu Stande gekommen sind auch die Vorlagen über die Polizeiverwaltung in den Vororten Berlins und betreffend die Gewährung von Zwischkredit bei Bildung von Rentengütern. Die wichtigste positive Leistung des Landtags war die Erledigung des Ausführgesetzes zum Bürgerliche Gesekbuche, das übrigens auch bei einer gescheitert wäre. Im Uebrigen wurden genehmigt

abgesehen vom Etat, das Ausführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch, die Gesetze, betreffend das Pensionswesen für die Rektoren der Volksschullehrer, die ärztlichen Ehrengerichte, die Kreisärzte, die Gerichtsorganisation für Berlin und Vorort, die Berufswerte und einige kleinere Sachen. In der That eine sehr mächtige Leistung. Und zwei Punkte dürfen nicht vergessen werden. Die langen Debatten im Abgeordnetenhaus über die Deutenoth haben zwar vorläufig kein greifbares Resultat zeitigt, aber einen solchen Grad von geistiger Mäßigkeit bei den Konservativen und einem Theile des Zentrums aufgedeckt, daß man wirklich alle Befürchtungen hegen darf, wenn es nicht bald anders wird. Und die Aktion des Herrenhauses für die Buchhausvorlage soll ebenfalls nicht übersehen werden, denn auch sie zeigte deutlich Junkers Art. Der Junker aber ist heute wieder mächtiger denn je, und man kann daraus ermessen, was den Deutschen und Preußen blüht, wenn es nicht gelingt, das Junkertum zu biegen oder zu brechen. Das allgemeine politische Interesse wird sich zunächst wieder der Buchhausvorlage zuwenden müssen.

Katholischer Parteitag. Mittwoch in aller Frühe führen die Mitglieder der Generalversammlung nach dem in der Grafschaft Glatz gelegenen Wallfahrtsort Wartha. Nachmittags fand die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland statt. Der Volksverein hat die Aufgabe, die katholischen Ideen ins Volk zu tragen. Generalsekretär Dr. Pieper (W. Gladbach) erstattete den Jahresbericht. Der Volksverein zählt gegenwärtig 186 602 Mitglieder. Die Hauptaufgabe des Volksvereins ist die Förderung der Sozialreform sowie die wirtschaftliche Förderung der einzelnen Stände des deutschen Volkes. Eine weitere Aufgabe des Volksvereins ist die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Wenn man dem Volke helfen wollte, dann müßte man ihm zunächst den Glauben an Gott und an die staatliche Ordnung erhalten. Die Sozialdemokratie jagt ja jetzt weniger utopischen Ideen nach, sie beschränkt ihre Thätigkeit mehr auf die Kritik der bestehenden Verhältnisse, aber trotzdem ist die Sozialdemokratie ebenso gefährlich, wenn nicht noch gefährlicher als früher. Der Volksverein ist sich aber bewußt, daß die Sozialdemokratie am wirksamsten durch eine kräftige Förderung der Sozialreform bekämpft werde. Der Volksverein will jedoch die Förderung der Sozialreform und die wirtschaftliche Hebung der einzelnen Stände nicht bloß, um der Gefahr der Sozialdemokratie zu begegnen. Der Volksverein erhebt auch in den künftigen Jahren die Förderung der Sozialreform und die wirtschaftliche Hebung der einzelnen Stände, wo eine sozialdemokratische Gefahr nicht vorhanden ist. Der Volksverein erhebt die Förderung der Sozialreform auf dem Wege der Gesetzgebung und die wirtschaftliche Hebung des Volkes durch berufsgenossenschaftliche Selbsthilfe der einzelnen Stände. Viel sei ja auf dem Gebiete der Sozialreform geschehen, aber man müsse dafür sorgen, daß die sozialen Gesetze auch ausgeführt und die Sozialreform weiter geführt werde, denn es fehle noch viel, bis alles erreicht sei. Abg. Rechtsanwalt Dr. Trimm-Lorenz sprach dann über die sozialen Aufgaben der katholischen Deutschlands. Der Kampf zwischen Glauben und Unglauben werde auf dem sozialen Gebiete ausgefochten werden. Dadurch werde jeder, der auf sozialen Gebiete mitarbeite, zu einem Mitkämpfer Christi. Die Sozialreform ist aber auch eine nationale und patriotische Pflicht. Von der Entwicklung der sozialen Verhältnisse hänge der soziale und religiöse Frieden ab. Deshalb müsse jeder Christ, jeder Vaterlandsfreund für die Sozialreform thätig sein. Wenn die Arbeiter von dem Koalitionsrecht Gebrauch machen wollen, da diese man ihnen dies Recht nicht vorzuenthalten. Wenn die Arbeiter sich nicht mit uns organisieren können, so organisieren sie sich gegen uns." (Lebhaftes Bravo). Abg. Rechtsanwalt Dr. Stephan-Wentzen, Oberstleutnant sprach sodann über die Möglichkeiten der Gesetzgebung. Die Gesetzgebung in Deutschland betreffend der Bekämpfung der Trunksucht sieht hinter vielen anderen Ländern noch weit zurück. Die Gewerbefreiheit von 1869 habe zur Vermehrung der Schankstätten und somit zur Vermehrung der Trunksucht sehr viel beigetragen. In bezug auf es, daß nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch Trunksucht entmündigt werden können. Es sei aber auch dringend erforderlich, alkoholhaltige Getränke zu einer höheren Steuer heranzuziehen, als die alkoholreichen Getränke. Ferner dürfe der Staat es nicht zulassen, auf den bayerischen Schnaps zu verkaufen. Man dürfe aber auch nicht alles vom Staate verlangen. In dieser Beziehung müssen alle städtischen Kräfte gemeinsam wirken. Deshalb sei es sehr bedauerlich, daß man die Orden, ganz besonders die Jesuiten von Deutschland fern halte. (Stürmischer Beifall). Nach einer Schlussrede des Abg. Gröber-Deibronn schloß die Generalversammlung des Volksvereins.

Donnerstag Vormittag wurde die letzte geschlossene Generalversammlung abgehalten. In derselben gelangten Erklärungen zur Annahme, in denen empfohlen wird: Gründung katholischer Arbeitervereine und Unterstützung der auf christlicher Grundlage aufgebauten Gewerkschaftsbewegung. Beschränkung und Beilegung der Beschäftigung von verheirateten Frauen und möglichste Durchführung und Erweiterung der Schulpflichtungen für Kinder im Fabrikbetriebe. Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Arbeiter. Eine weitere Resolution dankt der Zentrumsfraktion „für die nachdrückliche und umsichtige Vertretung der berechtigten Interessen aller Berufsstände und erhofft deren unentwegtes Fortschreiten auf dieser Bahn.“ Ein weiterer Antrag empfiehlt allen katholischen Kaufleuten, auch den selbstständigen, den Anschluß an die katholischen kaufmännischen Vereinigungen. Zur Agrarfrage wurde ein Antrag angenommen, in welchem es heißt: „Die Verammlung erachtete es als dringende Nothwendigkeit, daß auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung alle Maßnahmen ergriffen werden, die nach objektiver sachkundiger Beurteilung geeignet erscheinen, die gegenwärtige Nothlage der Landwirtschaft zu erleichtern und den Bauernstand in jeder Beziehung zu heben und zu fördern. Da von Seiten des Staates eine allgemeine Beilegung des landwirtschaftlichen Nothstandes nicht erwartet werden kann, insofern einerseits die Möglichkeit hierzu ausgeschlossen erscheint und andererseits dadurch Eingriffe in die persönliche wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen kaum zu vermeiden wären, ist es erforderlich, daß von Seiten der Landwirthe die Mittel der Selbsthilfe nicht vernachlässigt werden. Als gegensätzliche Einrichtungen haben sich die Bauernvereine und ländlichen Gewerkschaften, insbesondere die Raiffeisenschen Darlehenskassen seit Jahren erwiesen. Einer der drückendsten Uebelstände im landwirtschaftlichen Betriebe ist der Mangel an Arbeitern und Diensthöfen. Dieser Mangel wird häufig noch gesteigert durch das gegenseitige Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitern. Aus diesem Grunde empfiehlt die Verammlung die Gründung von Vereinen für ländliche Arbeiter und Diensthöfen auf christlicher Grundlage. Als Aufgabe dieser Vereine erachtet sie die Bekämpfung der ländlichen Arbeiter und Diensthöfen über die Vorzüge der ländlichen vor der industriellen Arbeit, den Vorzug des Aufenthaltes auf dem Lande vor dem in der Stadt und nicht zuletzt die sittliche und religiöse Hebung der Mitglieder.“

Fast einstimmig wurde Bonn als Abhaltungsort der Generalversammlung für das Jahr 1900 gewählt.

Gegen 10 1/2 Uhr Vormittags wurde in Anwesenheit des Kardinalbischofs Dr. Kopp (Weisau) die letzte öffentliche Generalversammlung abgehalten. Geistlicher Rath Dr. Lorenz Metzmann (Freiburg i. B.) sprach in derselben über den katholischen Charitasverband. Vater Kessler (Zweil) über die Frauenfrage. Der Redner bemerkte u. A.: Wenn man sage: Die Frau gehört in's Haus, so werden die Frauen sagen: Auch die Männer gehören in's Haus, wenigstens zu rechter Zeit. (Heiterkeit) Der Redner führte im Weiteren aus, daß der Grundsatz: Die Frau habe ihren Beruf verlehrt, wenn sie auf die Ehe freiwillig verzichte oder auch verzichten müsse, eine soziale und religiöse Irrlehre sei. Es gebe 2 Millionen Frauen, die nicht unter die Hand kommen könnten. Ein sehr wesentlicher Uebelstand sei, daß die jungen Konfessionen kaum noch eine Stellung erlangen können, da Tausende von Mädchen Labormädchen werden. Die Frauen werden deshalb um den Mannern vorgezogen, weil sie mit einem niedrigeren Lohn zufrieden seien. Der Staat mache es ähnlich wie die Raiffeisen. Auf den Volk-, Telegraphen-, Telefon-, Wägen u. s. w. werden vielfach Frauen der niedrigen Klasse wegen angestellt. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, den Frauen bei gleichen Leistungen die gleichen Löhne zu geben. Da die gebildeten Frauen in die Wohnung zu rücken, die ihre Töchter zur Mitarbeit an der sozialen Frage erziehen. Die hohen Damen wissen nicht die Arbeit ihrer niederen Schwestern zu werten. Der Sieg wird auf der Seite der katholischen Kirche sein, wenn die Frau im Hause von Magareth (Treuere) bleiben ergötzen werden kann. (Stürmischer Beifall). Der Prääsident Reichsgerichtsrath Dr. Spahn (Leipzig) gab hierauf einen Rückblick auf die Verhandlungen und bezeichnete es als wichtig, daß die Katholiken der ganzen Welt fort und fort verlangen, daß dem heiligen Vater die volle weltliche Souveränität, unabhängig von jedem Staate, gewährleistet werde. Es sei auch notwendig, daß die Katholiken an den Vorkäufen nach Rom und an der Sammlung der Beterbrennung jährlich sich betheiligen. Redner gab dann die Genehmigung über den Verkauf des deutschen Katholikentages der auf's Neue gelangen sei, Ausdruck. Nachdem Kardinalbischof Dr. Kopp noch der Beirathung der Segen erteilt hatte, wurden die Verhandlungen geschlossen.

Die Vernehmung der subventionirten deutschen Dampferlinien nach Afrika wird, wie man der „Deutsch. Ltg.“ schreibt, den Reichstag in seiner nächsten Session bestimmen beschäftigen. In Aussicht genommen sind Fahrten von ganz Afrika her an, sowohl vom Westen wie vom Osten aus. Ein wesentlicher Fortschritt besteht darin, daß nun die meisten Häfen alle 14 Tage von einem deutschen Dampfer berührt werden. Doch bleiben wir damit immer noch weit hinter den englischen Dampfern zurück. Jede Woche geht ein britischer Dampfer von England wie von Kapstadt ab, außerdem werden noch häufig Zwischenstopps abgesehen. Ferner fahren diese Dampfer die ganze Strecke nur 17-18 Tage, ja öfters hat man in Berlin die Mastpost schon an 16-17 Tagen empfangen. Wenn der deutsche Dampfer bis Kapstadt aber noch 21 Tage brauchen, so können sie eine rechte Konkurrenz mit den englischen nicht bestehen. Die rasche Fahrt und die schnelle Aufeinanderfolge ziehen den Verkehr unumwiderrlich an.

Konfiszirte biblische Geschichten. In dem Dorfe Gorzen hatte der Parrer aus Slesin, zu welchem Gorzen gehört, an die polnischen Kinder Bibeln, Katechismen und biblische Geschichten in polnischer Sprache vertheilt, damit die Kinder den Katechismus und die biblische Geschichte in polnischer Sprache lernen könnten. Von unbekannter Seite war deswegen bei der Mehrzahl der Parrer erstatet worden. Der Polizeikommissar Gottschalk aus Bromberg (früher Polizeiwachmeister in Elberfeld und aus dem Bietzen-Prozesse bekannt) erschien darauf mit einem Gendarmen in Gorzen, nahm bei sämmtlichen polnischen Familien mit schulpflichtigen Kindern eine Hausdurchsuchung vor und konfiszirte die von dem Parrer geschenkten Bücher. Daraus wurden die Familienväter und Schulkinder protokolllärlich vernommen.

Kleine politische Nachrichten. „Der Bedar ist gedeckt.“ Die Meldungen junger Mädchen nach Südwestafrrika sind in so großer Zahl bei der deutschen Kolonialgesellschaft eingelaufen, daß der vorläufige Bedarf gedeckt ist. Weitere Bewerbungen sind daher zur Zeit zwecklos. — Durch einen Erlaß des Ministers der geistlichen Angelegenheiten ist den Lehrern in Preußen die Ueberrnahme von Agenturen ausländischer Versicherungsgesellschaften abgemeldet unterzagt worden. — Bei der Laskalleier in München wurden in den beiden Versammlungskollegien die anwesenden Frauen und Mädchen auf politische Ausrüstung der Saal verlassen. Unsere Parteigenossen werden den unerhörten Vorfall im Landtage zur Sprache bringen. Bayern scheint immer mehr von der sächsischen (Polizei-) Kultur angefaßt zu werden. — Die Zahl der Ehescheidungen in Deutschland hat sich in den letzten 20 Jahren fast verdoppelt. Am zahlreichsten sind Ehescheidungen in dem Oberlandesgerichtsbezirk Hamburg und im Kammergerichtsbezirk Berlin, wo 76 bezw. 60 Ehescheidungen auf 100 000 Einwohner entfallen, während im Durchschnitt auf dieselbe Einwohnerzahl nur 23 Ehescheidungen kommen. — Beim Fischer auf dänischem See-Territorium wurde der Dampfkrauer „Altona“, Kapitän Linde aus Altona, betrogen und vom Torpedoboot „Springer“ nach Frederiksøvu eingebracht. Nach Erlegung von 200 Kronen Geldstrafe und Abnahme des Fanges aus der Fangergattschafte wurde das Schiff freigegeben. — Pakenmann, Herausgeber des „Leader“, des Organs der Utkänder in Johannesburg (Transvaal) wurde wegen Hochverraths verhaftet.

Frankreich. In Fort Chabrol scheint es zu Ende zu gehen. Seit zwei Tagen bohren die Belagerten eine Deffnung in die Wand des Nachbarhauses, um durch die Breche einzeln zu entkommen. Das betreffende Zimmer wird daher von Gendarmen bewacht, welche bereit sind, die Ausbrecher in Empfang zu nehmen. Guerin hat durch die Wand hindurch flehentlich um Brod gebeten. Da ihn nun bald die Vergeltung treffen wird, verwenden sich seine Freunde und Gefannungsgegnen für ihn bei der Regierung. Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau empfing Freitag den Erzbischof von Paris, der um Schonung für Guerin bat. Der Ministerpräsident hob hervor, wie sehr er diesen Versuch zu schätzen wisse, bemerkte aber gleichzeitig, daß die Regierung nur mit sich selbst zu Rathe zu gehen habe über die Maßregeln, die sie ergreifen habe. Die Regierung habe Langmuth und Geduld gezeigt, die vom Standpunkt der Menschlichkeit aus gerechtfertigt seien und die sich die Regierung angefaßt des rebellischen Verhaltens Guerins als besonderes Verdienst anrechne. Diese Ant-

wort war die einzig richtige, welche Waldeck-Rousseau geben konnte. Die Bitte des Erzbischofs zeigt aber auf neue, wo die geistigen Leiter der antisemitischen Bewegung, die Väter des ganzen Unheils, welches über Frankreich gekommen ist, zu suchen sind. Einen zweiten Schritt zu Gunsten Guerins hat eine Prozession nationalstischer Frauen nach dem Schlosse von Rambouillet, dem Sommeraufenthalt des Präsidenten Loubet, unternommen. Die Damen haben vor dem Schlosse, in welches ihnen der Eintritt verwehrt wurde, so lange gedurmt, bis sie den schriftlichen Bescheid erhielten, Frau Loubet werde dem Präsidenten die Petition zu Gunsten Guerins überreichen. — Guerin hat schon Schule gemacht. In Rennes verbarrikadirte sich ein Journalist, der verhaftet werden sollte, in einem Hotelzimmer. Er kapitulirte jedoch bereits nach einer halben Stunde.

Zum Dreyfus-Prozess. „Zeit Republik“ erläßt eine Warnung an die Arbeiter, sich von nationalistischer Seite zum Streit verleiten zu lassen. — Die Regierung trifft schon jetzt Vorkehrungen für den Tag der Urtheilssprüche im Dreyfus-Prozesse. — Es geht das Gerücht, General Roget werde nach dem Prozesse sofort wegen Theilnahme an dem Staatskomplot verhaftet werden. — Du Paty de Clam wurde Sonnabend Vormittag zum fünften Male verhört. — Der „Sicre“ macht den albernsten Vorschlag, Dreyfus und Esterhazy sollten aufgefördert werden, die deutsche Regierung von jeder Verpflichtung zur Diskretion zu entbinden (!) und die Ueberzeugung der Dokumente des Bordereaus an die französische Regierung zu erbitten. Derjenige von Weiden, der sich weigere, dies Gesuch zu unterzeichnen, sei der Schulbige. — Exminister Cavaignac ist wieder in Rennes eingetroffen. Er hält eine längere Konferenz mit den Generalen Roget, Chanoine und Gonje. Man glaubt, daß er nochmals in den Prozess eingreifen werde. — Nach Blättermeldungen aus Rennes haben die Vertheidiger und der öffentliche Ankläger auf die Vernehmung mehrerer Zeugen, zu denen auch Brisson gehört, verzichtet. — Dem „Figaro“ wird gemeldet, Demange sei der Ansicht, daß der Prozess, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintreten, am Mittwoch oder Donnerstag beendigt werde.

Die großen Manöver des 5. und 7. Armeekorps sind, wie im Ministerrath der Kriegsminister General Gallifet mittheilte, in Folge von Erkrankungen an Typhus abbestellt worden. Statt derselben würden Garnisonübungen stattfinden.

Italien. Rom. Der Oberstaatsanwalt hat in der Angelegenheit der Verlesung der Abstimmungsurnen in der Kammer Sitzung vom 30. Juni einen Beschluß gefaßt. Er beantragt, daß die Deputirten Morgari, Bissolati, Prampolini und de Felice vor die Geschworenen verwiesen werden.

Ägypten. Ein Nothjahr in Sicht. Die diesjährige Nilfluthe ist ungenügend; der Nilmesser bei Assuan weist heute, so wird der „Äg. Ztg.“ geschrieben, einen Wasserstand von 12 ägyptischen Ellen (= 8,04 Meter), während um diese Zeit 15 1/2 Ellen ein unbedingtes Erforderniß sind. Selbst ein weiteres bedeutendes Steigen des Flusses würde an der Thatsache eines schlechten Ueberschwemmungsjahres nichts mehr ändern, denn die Fluth könnte sich bei der vorgrückten Zeit doch nur zu kurze Zeit halten. Die Folgen für die ägyptische Landwirtschaft sind vernichtend, wenigstens für Oberägypten mit seinem primitiven Beckenbewässerungssystem, das für die Dauer von mindestens drei Wochen ein völliges Unterwasserlegen des ganzen Kulturlandes erfordert. Das Delta mit seinen entwickelteren Bewässerungsvorrichtungen wird mit dem theilweisen Verlust des Sommermaies und einer Schädigung seiner Baumvorkernte davonkommen. Für Oberägypten aber bedeutet ein Nil wie der diesjährige die Unmöglichkeit, den allergrößten Theil des Fruchtlandes überhaupt zu besäen. Wenn aber die beiden Hauptkulturen der südlichen Landeshälfte, Weizen und Bohnen, versagen, so zieht das den Ruin Tausender von kleinen Bauern nach sich. Zudem erleidet der Staat eine bedeutende Einbuße an Grundsteuer, denn Ländereien, die vom Nilwasser nicht erreicht werden konnten, zahlen keine Abgabe. Also alles in allem ein böses Jahr, erst Pest und dann Dürre.

In der Eintretenden erkannte Josefine ihre Base Fanny. Doch unterdrückte sie den Ausruf der Ueberraschung, der ihr schon auf den Lippen schwebte, denn sie glaubte zu bemerken, daß Fanny selbst sie nicht wieder erkennen wollte, und nahm daher vorläufig eine abwartende Haltung an. In den Standesbuchauszügen der Zeitung hatte Fanny die Eheschließung des „Kunstmalers Leo Herdeck mit Josefine Bruhn, geb. Revenhiller“ und dadurch ihre Vermuthung nur bestätigt gefunden, daß zwischen dem Maler und seiner hilfsreichen Protektorin sich ein innigeres Band geknüpft habe. Daß Herdeck's Erwählte ebenfalls eine verwitwete Bruhn war, traf sich eigenthümlich, aber daß sie eine geborene Revenhiller war und den Vornamen Josefine führte, fand Fanny nach seltsamer, denn das waren die Namen ihrer Base Papi. Nicht eine Stunde lang wollte Fanny sich mit Vermuthungen und Zweifeln quälen, sie mußte sich sofort Klarheit verschaffen und eilte nach Herdeck's bisheriger Wohnung, um sich beim Hausbesitzer über die Persönlichkeit der Frau des Malers zu erkundigen. Dort wußte man ihr jedoch hierüber keine Auskunft zu geben. Das neuvermählte Paar bewohne die Villa Montbijou in der Parkstraße — das war alles, was sie erfuhr. Ohne Zögern begab sie sich nach der Villa, wo ihr eine Dienerin sagte, daß die Herrschaft sich

Major Hartmann

seht seine Aussagen zum dritten Punkt des Vorderaus fort, welcher sich auf die eingeführten Abänderungen in den Formationen der Artillerie bezieht. Hartmann setzte auseinander, welche verschiedene Bedeutung das Wort "Formation" für einen Artilleristen haben kann und sagt, wenn es sich um die Formationen für den Kriegsfall handelte, so könnten nur die Offiziere des ersten Bureaus und die der dritten Direktion vor dem 4. Juli 1894 Anstufungen über dieselben erhalten, nach dem 4. Juli sei die Organisation des Bureaus des Generalstabes, vieler Offiziere und selbst inaktiver Beamten bekannt gewesen und jeder Frontoffizier hätte sie erfahren können, wenn er wollte. Wenn es sich dagegen um die Manöverformationen handelte, so könne kein Generalstabsoffizier in Frage kommen, sondern höchstens die Offiziere, welche bezüglich der Verträge mit neuen Formationen der Artillerie auf dem laufenden waren, einschließlich der Offiziere des 3. Armeekorps, welche den Manövern von Chalons beiwohnten. Hartmann ging dann zu dem Punkte des Vorderaus über, welcher über die Schießvorschriften handelt und sagte, der Verfasser des Vorderaus hätte sich dieselben nur mit Schwierigkeit verschaffen und dieselben auch nur wenige Tage behalten können.

Major Hartmann legte weiter dar, daß die höheren Offiziere des 3. Armeekorps die Schießvorschriften hätten konstatieren können, da sie den Schießübungen im Jahre 1894 beigewohnt hätten. Dieselben hätten also die Uebersetzung derselben in dem im Vorderaus vorkommenden Ausdrucke aufklären können, aus dem man überhaupt schließen könne, daß die Uebersetzung nicht von einem Artilleristen erfolgt sei. Hartmann sagte weiter, der Schrapnel C-1891 wolle nicht die geringste ernstliche Reklamation mit dem Robin-Geschosse auf. General Deloye erhebt Widerspruch dagegen, daß von dem Schrapnel in öffentlicher Sitzung gesprochen werde. Hartmann erklärte, es würde genügen, die Öffentlichkeit für 10 Minuten auszuschließen. Der Präsident sagte, wenn die Vertbeildigung Erläuterungen in dieser Hinsicht wünsche, so werde am Montag früh eine geheime Sitzung stattfinden. Nach einem Meinungsaustausch mit einem Mitgliede des Kriegesgerichts, erklärte Hartmann auf eine Frage Laboris, es wäre für Esterhazy leicht gewesen, sich im Lager von Chalons Informationen zu verschaffen, um die Note über Madagaskar und diejenige über die Bedeckungstruppen zu verfassen. Auf eine weitere Frage Laboris erwiderte Hartmann, ein Artillerie-Offizier würde bei dem "Geschütz 120 kurz" nicht von einer "hydraulischen Bremse" gesprochen haben. Hartmann setzte dann auseinander, daß man in Deutschland nur ganz allgemein über die Bremse unterrichtet sein dürfte und fügte hinzu, man könne nur, wenn man das Geschütz abschließen sehe, derartig werthvolle Kenntnisse von demselben gewinnen, daß es für eine answärtige Macht wissenschaftlich sei, sie sich zu verschaffen.

Die Aussagen Hartmanns zu entkräften bemühten sich hierauf General Deloye und der famose Mercier, mit welchen Mitteln, wird man aus dem folgenden Bericht sehen. Deloye machte stark nach dem Vorbild des weinenden Generals Roget in patriotischen Phrasen.

General Deloye gegen Major Hartmann.

General Deloye bemerkte, ein Offizier hätte sich die betreffenden Informationen im Gespräche mit anderen Offizieren verschaffen können. Major Hartmann entgegnete, er glaube nicht, daß dies bei Dreyfus der Fall gewesen sei, denn diejenigen, mit denen Dreyfus sich unterhalten haben würden, wären sicherlich vor dem Kriegesgerichte erschienen, um über die Schritte, die Dreyfus bei ihnen gethan hätte, anzufagen. Deloye sagte, er habe in Bourges Nachforschungen angestellt über den Bericht, den Dreyfus bezüglich des Robin-Geschosses begeben konnte. Robin erklärte damals, Dreyfus habe ihn nur über Verbesserungen am Weibschuß befragt. Deloye fügte hinzu, er habe sich nicht über die Schuld oder Unschuld des Dreyfus auszusprechen, er könne nur sagen, daß es nicht zutreffend sei, wenn Dreyfus behauptete, er habe sich gewisse Mittheilungen nicht verschaffen können. Labori erwidert Deloye, sich darüber auszulassen, welche Wichtigkeit die Dokumente hätten, die im Allgemeinen Verräther einer fremden Macht anliefern können welche Bedeutung insbesondere die von dem Urheber des Vorderaus ausgelieferten Schriftstücke gehabt hätten. Deloye lehnte das zuerst mit sehr bewegter Stimme ab, erklärte aber dann, es lasse sich aus dem Vorderaus feststellen, daß der Verräther ein Meister sei, der die große Wichtigkeit der von ihm ausgelieferten Schriftstücke kenne. "Als ich das Vorderaus las", sagte Deloye hinzu, "war ich sehr erschrocken." (Sensation.) Auf eine Frage Laboris erklärte Deloye ausdrücklich, daß die von dem Urheber des Vorderaus gemachten Mittheilungen von größtem Interesse gewesen seien. Major Hartmann, der hier eingreift, erklärte, daß, wenn der Urheber des Vorderaus auch ein Meister sei, er doch jedenfalls von artilleristischen Dingen nichts verstehe, denn, wenn er von dem "Geschütz 120" mit hydraulischer Bremse spreche, so habe er Sachen ausgeliefert, die bereits bekannt waren, und wenn er von dem Geschütz "120 kurz" spreche, so bediene er sich eines unzutreffenden Ausdrucks. Dreyfus wies auf den Irrthum des Generals Deloye hin, der gesagt habe, daß die dritte Artillerie-Division die Schießvorschriften dem zweiten Bureau zur Verfügung gestellt hatte.

Mercier meldet sich zum Wort.

Hierauf erklärte Mercier, man konnte die Schießreglette verwenden ohne die Schießvorschrift. Mercier sprach sodann über den Ausdruck "hydraulische Bremse" und sagte, da die Deutschen diesen Ausdruck gebrauchen, war es natürlich, daß ein Korrespondent der Deutschen ihn ebenfalls anwandte.

Hierauf kam noch ein Schreibfachverständiger, das Mitglied des Instituts

Savet

an die Reihe, der aussagte, eine grammatische Prüfung des Vorderaus bringe zu dem Schluß, daß das Vorderaus nicht von Dreyfus herrühre. Savet hob hervor, daß im Vorderaus sprachliche Elemente verschiedener Nationalitäten, so namentlich der

Kanalarbeiter an Schwarzbrot und Speck. Ungeheuerlich! Nein, soweit darf es nicht kommen. Dieses Amusement wollen wir denen lieber überlassen, für die die "Ordnung" des Klassenstaates sie geschaffen hat. Sie können's auch besser ab. Gene würden zusammenbrechen unter der Wucht des Schicksals, das der Proletarier erträgt im stillen, stärkenden Bewußtsein seiner Unschuld und in der Hoffnung auf ein schöneres Einst. Diese kehren zurück zu uns unerhört.

Aus dem ferkterbleichen Antlip blüht uns entgegen des alten Adams Ungeheuer, angebeffter Geist, Und die freilichstrogen Mienen künden Alte Streitlaß, neuen Kampesmutz; Und mit ihnen schwören wir Alle: "Nicht eher ralten, nicht eher ruhen wir, Nicht eher endet die Fehde, Nicht eher wird Friede, Als wir das leuchtende Ziel erreicht: Freiheit, Gleichheit und Recht! Und brant der Zwingherrn finstre Gebärde Noth und Elend, Verbannung und Tod, Tägliche Drangsal und schwere Verfolgung — Trost aller Kente, troz Schwach und Kränkung: Wir kennen nur Eines: Vorwärts! Vorwärts!"

Dreyfus, vorhanden seien, und zog die Schlußfolgerung, daß das Vorderaus von Esterhazy herrühre.

Um 9 1/2 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ging es dem braven General Gouze nochmals an den Krage. Ihm wurde durch Picquart zu zweifelhafte die Mitwisserschaft an dem gegen Picquart gerichteten Intriguen nachgewiesen.

General Gouze im Anwesenheit über die Uebersetzung des Briefes Geheimnisses.

Der Berichtschreiber verlas die Briefe, welche Picquart und Gouze zu einer Zeit wechselten, wo sie sich mit dem Treiben Esterhazy's beschäftigten. Labori stellt fest, Gouze habe Picquart gegenüber niemals von den Geheimnissen gesprochen. Gouze erwiderte, er habe stets Picquart getraut, die beiden Affären auseinanderzusetzen. Labori fragte, wie man die beiden Affären, deren Untergrund derselbe sei, auseinanderhalten könne. Gouze antwortete, das könnte man thun, weil die Ueberheberschaft des Vorderaus Dreyfus zugeschrieben worden und dieser deswegen verurtheilt sei, und kein Beweis dafür vorgelegt habe, daß Esterhazy der Urheber sei. Labori drückte seine Verwunderung darüber aus, daß man von diesem Irrthum noch nicht zurückgekommen sei. Sodann wurde Picquart an den Jüngeren gerufen. (Bewegung im Saal.) Er sagte, er habe die Briefe von Gouze einem Advokaten übergeben zu dem Tage, an welchem er erfahren, daß er Gegenstand abwechselnder Nachforschungen gewesen. In Tunis habe er einen Drohbrief von Henry erhalten. Der Brief sei mit Zustimmung der Generale Gouze und Boisboche abgefaßt worden. Für die Veröffentlichung der Briefe sei er jedoch nicht verantwortlich. Gouze behauptete, der Brief Henry's sei ohne seine Zustimmung geschrieben worden, und die Antwort auf einen herausfordernden Brief Picquart's gewesen. Gouze bemerkte weiter, Picquart habe überall Nachforschungen gewillert, Picquart erwiderte, er habe Gouze das Geheimnissbuch gleichzeitig mit dem Vorderaus gebracht, damit derselbe sehe, daß Dreyfus wahrheitsgemäß unschuldig sei. Gouze gab auf eine Frage Labori zu, daß einer der an die Adresse Picquart's nach Tunis gerichteten Briefe offen war.

Uebrigens Verleihen entnehmen wir über die Blamage des Generals Gouze noch folgende Einzelheiten.

Von Labori eindrucklich befragt, gesteht Gouze, anfangs verlaunt, dann umzuwenden zu, daß gewisse für Picquart nach dessen Sendung nach Tunis eingelaufene Briefe geöffnet und gelesen wurden. Gouze gestattete diesen Vorgang angeblich lediglich im Interesse des Dienstes. Unruhe erregte im Publikum Gouze's Antwort auf Labori's Frage: "Was sagten Sie zur Fälschung Henry's?" "Das war ein sehr unangenehmer Zwischenfall, eine recht fatale Sache." Labori: "Ihr Urtheil ist milde." Gouze: "Hätte Henry mich zu Rathe gezogen, so würde ich gesagt haben: Lassen Sie das. Die Geheimnissbücher enthalten genug Stücke, wo Dreyfus' Name voll ausgeschrieben ist." Labori: "Nennen Sie die Nummern dieser Geheimnissbücher." Der Präsident erklärte diese Aufforderung als unzulässig. Labori: "Ich kann nicht angeben, daß solche Behauptungen heute vorgebracht werden; da wir die Geheimnissbücher kennen, werde ich seiner Zeit meine Schritte thun."

Nach dem Bericht des "D. Z." spielte sich die interessante Szene wie folgt ab: Labori: Was deutet General Gouze von der Fälschung Henry's. War es nicht eine Machination gegen Picquart? Gouze: Die Fälschung sei eine unglückliche, bedauerliche That gewesen. (Heiterkeit.) Henry habe ein Dokument mit dem Namen Dreyfus fabrizirt, der schon in einem Dokument des diplomatischen Dollmetschers existirt. Labori erklärt, daß sich im diplomatischen Dossier nicht ein einziges Stück mit dem Namen Dreyfus befindet. Präsident: Sie dürfen nicht von dem geheimen Dossier sprechen. Labori: Ich protestire, Herr Präsident. Ich verlange, daß General Gouze das Dokument nennt. Präsident: Ich werde die Frage nicht stellen. Labori: Gut, Herr Präsident, dann werde ich im rechten Augenblick die Schlußfolgerungen widerlegen können.

Der Junge Lafonts-Lamothé.

Sehr glänzend für Dreyfus lauteten die Aussagen des ehemaligen Artillerieoffiziers und Kameraden von Dreyfus, Desjoub's Lamothé. Durch das Zeugniß Lamothé's wurde festgestellt, daß von den Generalstabsoffizieren zur Verfügung gestellten Schießausleitungen, die er, Lamothé, verteilte und einsammelte, keine fehlte. Ferner legte Lamothé jenes militärische Circular vor, welches der Kategorie von Offizieren, der Lamothé und Dreyfus angehörten, ankündigt, daß sie nicht an dem Manöver teilnehmen würden. Somit könne Dreyfus das Vorderaus nicht geschrieben haben, dessen Schlußwort lautet: "Ich belege mich zum Manöver."

Lamothé sagte aus, daß Picquart ihm auf sein Ersuchen im Jahre 1894 die Schießvorschrift ausshändigte, die er, so lange er wollte, bei sich behalten habe. Zeuge erklärt, daß kein Generalstabskommandirter Offizier im Jahre 1894 glauben konnte, daß er zum Manöver kommen würde. Das Circular vom 15. Mai hatte dem Termin der Manöver bestimmt. Man habe das Vorderaus vordatirt, um es zeitlich vor das Circular zu stellen. Zeuge sagt, es sei für ihn ganz sicher, daß Dreyfus nicht der Urheber des Vorderaus ist. Ein Artillerieoffizier habe die Note über die Bedeckungstruppen nicht schreiben können. Durch das Circular sei die Anklage gegen Dreyfus vollständig zusammengebrochen. Die Generale Gouze, Boisboche und Roget wandten sich mit großer Erregtheit gegen Lamothé. Auf eine Frage des Generals Roget erklärt Desjoub-Lamothé, seine Uebergangung von Dreyfus' Anschuldigung datire von der Veröffentlichung der Untersuchung des Kassationshofes. Er sei wie vom Blitz getroffen gewesen, als er sah, daß man das Datum des Vorderaus geändert hatte. Roget und der Zeuge Lamothé gerietten so scharf aneinander, daß der Präsident sie trennen mußte. Dreyfus selbst bemerkte, daß er schon 1894 vergeblich die Vorlegung des Circulars verlangt habe, aus dem unbedingt hervorgehe, daß der Satz des Vorderaus, der von der Abreise in's Manöver handle, nicht von ihm geschrieben sein könne. Gegen 12 Uhr wurde der Prozeß auf Montag vertagt.

Politische Annahmen

Deutschland.

Als Märtyrer ihrer Uebergangung feiert die "Deutsch. Tagesztg." die wegen ihrer Abstimmung gegen den Kanal zur Disposition gestellten Landräthe und Regierungspräsidenten. Die "Pommersche Reichspost" erklärt: "Im Lande wird die Liste der Proskribirten als eine Ehrentafel angesehen werden." "Ehre diesen Männern", betont die "Deutsche Tagesztg." und hält der Regierung vor: "Das Urtheil des deutschen Volks und das der Geschichte steht fest. Selbst die begeistertsten Anhänger der Regierung, wenn es solche noch irgendwo geben sollte, werden nicht behaupten können, daß sie groß oder klug gehandelt habe. Des Mitleids bedürfen die Beamten nicht. Sie werden diese Maßregelung, die ihnen angedroht war und mit der sie rechnen mußten, mit voller Gelassenheit tragen, sie verlassen als Sieger den Plan, vom vollen Vertrauen ihrer Wähler und ihrer Kreisinsassen begleitet. Der Tag, an dem die Verfügungen beschlossen wurden, ist ein dies ater (schwarzer Tag,

Unglückstag) in Preußens Geschichte. Aber ein Gutes hat er: er wirkt klärend und befreiend. — Diese Ausführungen der "Deutschen Tagesztg." werden der Regierung den Beweis liefern, wie verkehrt ihre Maßregel war.

Die Erneuerung des Antisemitismus durch — Lassalle. Zum Parteitag der deutschsozialen Reformpartei, der am 9.—11. September in Hamburg stattfindet, hat der Antisemit Karl Lebermann, Hamburg St. Pauli, den Antrag eingebracht:

"Der Parteitag wolle beschließen, in das Parteiprogramm folgende Forderung aufzunehmen: Lösung der sozialen Frage durch die freie individuellen Produktiv-Aktivitäten der Arbeiter vermittelt Staatskredit nach den Prinzipien von Ferd. Lassalle als das unerlässlichste Bedürfnis unserer Zeit und als eisenen Bestand der Initiativ-Anträge im hohen Deutschen Reichstage."

Daß jetzt der — Jude Lassalle helfen soll, den Antisemiten sozialpolitische Einsicht zu verschaffen, ist voller Humor. Was rettet die Welt vor Verjudung, wenn selbst die treuesten Hüter des Teutichthums Arm in Arm mit Lassalle das "unerlässlichste Bedürfnis unserer Zeit" stillen?

Die Scharfmacher für das Zuchthausgesetz sind wieder sehr rührig. Das Direktorium des Centralverbandes deutscher Industrieller, das am 28. v. M. tagte, verhandelte u. A. über den Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen. Unter voller Billigung des dem Entwurfe zu Grunde liegenden gesetzgeberischen Gedankens sprach das Direktorium sein "Werbaueru" aus über die seitens der Mehrheit des Reichstages dem Gesetzentwurf zu Theil gewordene Behandlung. Das Direktorium beschloß, behufs Stellungnahme des Centralverbandes zu dem in Rede stehenden Gesetzentwurf etwa in der Mitte des Monats November ds. J. eine Versammlung aller dem Central-Verbande angehörigen bzw. nahestehenden Industrien zu berufen. — Von den Grundfragen, wie sie ihr Parteigenosse, der Abgeordnete Wasserfmann im Reichstage vertrat, sind die Herren Großindustriellen himmelweit entfernt. Hoffentlich bleiben ihre Wählereien fruchtlos.

Manöver und Güterverkehr. Wegen der großen, in Wirttemberg stattfindenden Manöver wird dort der Güterverkehr eine bedeutende Einschränkung erfahren. Die Behörde macht amtlich bekannt, die Beförderung der Truppen nach Schluß der Manöver erfordere „am 14. September eine solche Zahl von Sonderzügen, daß es nicht möglich ist, den Güterverkehr an diesem Tage aufrecht zu halten. Es ist deshalb vorgesehen, daß am Donnerstag, den 14. September, der Güterzugverkehr auf dem ganzen württembergischen Bahnnetz, wie an Sonntagen, ruht. . . Zur thunlichen Vermeidung von Störungen wird am Sonntag, den 17. September die Sonntagsruhe im Güterzugverkehr ausnahmsweise aufgehoben." Am 14. September fallen außerdem 9 Lokalzüge und 7 Güterzüge mit Personenbeförderung wegen Truppenbeförderung aus. Auch die Neckarflößerei ist für die Zeit vom 4. bis 14. September gesperrt, da in der Gegend von Cannstatt Schiffbrücken geschlagen werden. — Militär voran!

Konkursstatistik. Nach der vorläufigen Mittheilung des Kaiserlichen Statistischen Amtes zur Konkursstatistik gelangten im zweiten Vierteljahr 1899 im Deutschen Reich 1980 neue Konkurse zur Fällung gegen 1839 im zweiten Vierteljahr 1898. Es wurden 180 Anträge auf Konkursverföhrung wegen Mangels eines auch die Kosten des Verfahrens deckenden Massebetrages abgewiesen und 1800 Konkursverfahren eröffnet; von den letzteren hatte in 1131 Fällen der Gemeinschuldner ausschließlich die Konkursverföhrung beantragt. Beendet wurden im zweiten Vierteljahr 1899: 1699 (2. Vierteljahr 1898: 1648) Konkursverfahren, und zwar durch Schlußurtheilung 1106, durch Zwangsvergleich 438, infolge allgemeiner Einwilligung 46 und wegen Massemangels 109. In 567 beendeten Konkursverfahren war ein Gläubigerauschuß bestellt. Es betrafen von den 1980 neuen und den 1699 beendeten Konkursverfahren: physische Personen 1741 neue und 1502 beendete, Nachlässe 147 und 119, Handelsgesellschaften 74 und 65, Genossenschaften 7 und 7, andere Gemeinschuldner 11 und 6 Konkursverfahren.

Die letzte Session des preussischen Landtages. Ueber die Thätigkeit bzw. Untthätigkeit derselben ist Folgendes zu bemerken: Sie begann am 16. Januar und hat 99 Sitzungen des Abgeordnetenhauses zu verzeichnen. Von den Vorlagen, welche die Eröffnungs-Chronrede angekündigt hatte, sind zwei dem Landtag gar nicht zugegangen: die Vorlagen, betreffend die Waarenhaus-Besteuerung und die Kleinbahnen. Die Gründe für ihr Ausbleiben sind nicht die gleichen. Die Waarenhausbesteuerung ist nur deshalb nicht erschienen, weil die Vorarbeiten dafür noch nicht fertig sind. Aber eine bezügliche Vorlage im reaktionären Gewande wird sicher kommen. Die Kleinbahnvorlage dagegen wurde wohl zurückgehalten, um an ihr ein Preffionsmittel für die Vertreter des Offens in Sachen des Mittellandkanals zu haben. In ähnlicher Verquickung befand sich die Gemeindevahlreform, die dem Centrum als Preis für die Bewilligung der Kanalvorlage gewidmet werden sollte, schließlich aber gar so scheiterte wie die Kanalvorlage selbst. Nicht zu Stande gekommen sind auch die Vorlagen über die Polizeiverwaltung in den Vororten Berlins und betreffend die Gewährung von Zwischenkredit bei Bildung von Rentengütern. Die wichtigste positive Leistung des Landtags war die Erledigung des Ausführgesetzes zum Bürgerliche Gesetzbuch, das übrigens auch bei nahe gescheitert wäre. Im Uebrigen wurden genehmigt

abgesehen vom Etat, das Ausführungsge-
setz zum Handelsgesetzbuch, die Gesetze, betreffend das Pen-
sionswesen für die Relikten der Volksschullehrer, die ärzt-
lichen Ehrengerichte, die Kreisärzte, die Gerichtsorgani-
sation für Berlin und Vororte, die Bernsteinwerke und
einige kleinere Sachen. In der That eine sehr mäßige
Leistung. Und zwei Punkte dürfen nicht vergessen werden.
Die langen Debatten im Abgeordnetenhause über die
Leutenoth haben zwar vorläufig kein greifbares
Resultat erzielt, aber einen solchen Grad von geistiger
Rückständigkeit bei den Konservativen und einem Theile
des Zentrums aufgedeckt, daß man wirklich alle Be-
fürchtungen hegen darf, wenn es nicht bald anders wird.
Und die Aktion des Herrenhauses für die
Buchhausvorlage soll ebenfalls nicht übersehen
werden, denn auch sie zeigte deutlich Junkers Art. Der
Junker aber ist heute wieder mächtiger denn je, und man
kann daraus ersehen, was den Deutschen und Preußen
blüht, wenn es nicht gelingt, das Junkerthum zu biegen
oder zu brechen. Das allgemeine politische Interesse wird
sich zunächst wieder der Buchhausvorlage zu-
wenden müssen.

Katholischer Parteitag. Mittwoch in aller Frühe führen
die Mitglieder der Generalversammlung nach dem in der Gesellschaft
Magdalenen Wallfahrtsort Wartha. Nachmittags fand die
Generalversammlung des Volksvereins für das katho-
lische Deutschland statt. Da Volksverein hat die Aufgabe,
die katholischen Ideen ins Volk zu tragen. Generalsekretär Dr.
Weyer (M. Gladbach) erstattete den Jahresbericht. Der Volks-
verein zählt gegenwärtig 181 602 Mitglieder. Die Hauptaufgabe
des Volksvereins sei die Förderung der Sozialreform sowie die
wirtschaftliche Förderung der einzelnen Stände des deutschen Volkes.
Eine weitere Aufgabe des Volksvereins sei die Bekämpfung der
Sozialdemokratie. Wenn man dem Volke helfen wollte, dann müsse
man ihm zunächst den Glauben an Gott und an die Raatkliche
Ordnung erhalten. Die Sozialdemokratie jage ja jetzt weniger utopi-
schen Ideen nach, sie beschränke ihre Thätigkeit mehr auf die
Kritik der bestehenden Verhältnisse, aber trotzdem sei die Sozial-
demokratie ebenso gefährlich, wenn nicht noch gefährlicher
als früher. Der Volksverein ist sich aber bewußt, daß die
Sozialdemokratie am wirksamsten durch eine kräftige Förderung der
Sozialreform bekämpft werde. Der Volksverein wolle jedoch die
Förderung der Sozialreform und die wirtschaftliche Hebung der
einzelnen Stände nicht bloß, um der Gefahr der Sozialdemokratie
zu begegnen. Der Volksverein erhebe auch in den Gegenden För-
derung der Sozialreform und wirtschaftliche Hebung der einzelnen
Stände, wo eine sozialdemokratische Gefahr nicht vorhanden sei.
Der Volksverein erhebe die Förderung der Sozialreform auf
dem Wege der berggenossenschaftlichen Selbsthilfe der einzelnen
Stände. Ziel sei ja auf dem Gebiete der Sozialreform
aber man müsse dafür sorgen, daß die sozialen Gesetze auch ausge-
führt und die Sozialreform weiter geführt werde, denn es fehle
noch viel, bis alles erreicht sei. Abg. Rechtsanwalt Dr. Tim-
born-Köln sprach dann über die sozialen Aufgaben der
Katholiken in Deutschland. Der Kampf zwischen Glauben
und Unglauben werde auf dem sozialen Gebiete ausgefochten werden.
Dadurch werde jeder, der auf sozialem Gebiete mitarbeite, zu einem
Mittler Christi. Die Sozialreform sei aber auch eine nationale
und patriotische Pflicht. Von der Entwicklung der sozialen Ver-
hältnisse hänge der soziale und religiöse Frieden ab. Deshalb
müsse jeder Christ, jeder Vaterlandsfreund für die Sozialreform
thätig sein. Wenn die Arbeiter von dem Koalitionsrecht
Gebrauch machen wollen, da dürfe man ihnen dies Recht
nicht vorenthalten. Wenn die Arbeiter sich nicht mit uns
organisiren können, so organisiren sie sich gegen uns. (Lebhaftes
Bravo). Abg. Rechtsanwalt Dr. Stephan-Wetzlar, Ober-
schleisen sprach sodann über die Wichtigkeit der Bestre-
mungen mit besonderer Berücksichtigung der Aufgabe der Gesetzgebung. Die
Gesetzgebung in Deutschland betreffe die Bekämpfung der Erntel-
lust, die hinter vielen anderen Ländern noch weit zurück. Die
Gewerbefreiheit von 1869 habe zur Vermehrung der Eisenhütten
und somit zur Vermehrung der Erntelust sehr viel beigetragen.
Zu begrüßen sei es, daß nach dem Württembergischen Gesetzbuch Erntel-
lustige entmündigt werden können. Es sei aber auch dringend er-
forderlich, alkoholhaltige Getränke zu einer höheren Steuer heranzu-
ziehen, als die alkoholfreien Getränke. Ferner dürfe der Staat
es nicht zulassen, auf den Bahnhöfen Schnaps zu verkaufen. Man
dürfe aber auch nicht alles vom Staate verlangen. In dieser
Beziehung müssen alle sittlichen Kräfte gemeinsam wirken. Deshalb
sei es sehr bedauerlich, daß man die Dubeu, ganz besonders die
Jesuiten von Deutschland fern halte. (Stürmischer Beifall). Nach
einer Schlussrede des Abg. Gruber-Heilbronn schloß die General-
versammlung des Volksvereins.

Donnerstag Vormittag wurde die letzte geschlossene General-
Versammlung abgehalten. In derselben gelaugten Erklärungen zur
Annahme, in denen empfohlen wird: Gründung katholischer
Arbeitervereine und Unterstützung der auf christlicher Grund-
lage ausgehenden Gewerkschaftsbewegung. Beschränkung und Be-
seitigung der Beschäftigung von verheiratheten Frauen und mög-
lichste Durchführung und Erweiterung der Schutzbestimmungen für
Kinder in Fabrikbetrieben. Verbesserung der Woh-
nungsverhältnisse der Arbeiter. Eine weitere Resolution
dankt der Zentrumsfraktion „für die nachdrückliche und
umfassende Vertretung der berechtigten Interessen aller Berufs-
stände und erhofft deren unentwegtes Fortschreiten auf dieser
Bahn.“ Ein weiterer Antrag empfiehlt allen katholischen
Kaufleuten, auch den selbstständigen, den Anschluß an die
katholischen kaufmännischen Vereinigungen. Zur Abschlußfrage
wurde ein Antrag angenommen, in welchem es heißt:
„Die Versammlung erachtet es als bringende Nothwendig-
keit, daß auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung alle
jene Maßregeln ergriffen werden, die nach objektiver sachkundiger
Beurtheilung geeignet erscheinen, die gegenwärtige Nothlage
der Landwirtschaft zu erleichtern und den Bauernstand
in jeder Beziehung zu heben und zu fördern. Da von Seiten
des Staates eine allgemeine Beseitigung des landwirtschaftlichen
Nothstandes nicht erwartet werden kann, insofern einerseits die
Möglichkeit hierzu ausgeschlossen erscheint und andererseits da-
durch Eingriffe in die persönliche wirtschaftliche Freiheit des
Einzelnen kaum zu vermeiden wären, ist es erforderlich, daß von
Seiten der Landwirthe die Mittel der Selbsthilfe nicht
vernachlässigt werden. Als segensreiche Einrichtungen
haben sich die Bauernvereine und ländlichen Genossenschaften,
insbesondere die Raiffeisenschen Darlehenskassen seit Jahren er-
wiesen. Einer der drückendsten Uebelstände im landwirtschaftlichen
Betriebe ist der Mangel an Arbeitern und Dienst-
boten. Dieser Mangel wird häufig noch gesteigert durch das
gegenseitige Verbot von Arbeitgebern und Arbeitern. Aus
diesem Grunde empfiehlt die Versammlung die Gründung von
Vereinen für ländliche Arbeiter und Dienst-
boten auf christlicher Grundlage. Als Aufgabe dieser Vereine
erachtet sie die Befahrung der ländlichen Arbeiter und Dienstboten
über die Borzüge der ländlichen vor der industriellen Arbeit, den
Vorzug des Aufenthaltes auf dem Lande vor dem in der Stadt
und nicht zuletzt die sittliche und religiöse Hebung der Mit-
glieder.“

Fest einstimmig wurde dann Bonn als Abhaltungsort der
Generalversammlung für das Jahr 1900 gewählt.

Gegen 10 1/2 Uhr Vormittags wurde in Anwesenheit des Kar-
dinal-Bischofs Dr. Kopp (Weisau) die letzte öffentliche
Generalversammlung eröffnet. Geistlicher Rath Dr. Lorenz Werth-
mann (Freiburg i. B.) sprach in derselben über den katho-
lischen Charakterverband. Vater Hasler (Türol) über
die Frauenfrage. Der Redner bemerkte u. A.: Wenn man
sage: Die Frau gehört ins Haus, so werden die Frauen sagen:
Nach die Männer gehören ins Haus, wenigstens zu rechter Zeit.
(Heiterkeit.) Der Redner führte im Weiteren aus, daß der Grund-
satz: Die Frau habe ihren Beruf, wenn sie auf die Ehe
freiwillig verzichte oder auch verzichtet müsse, eine soziale und
religiöse Irrlehre sei. Es gebe 2 Millionen Frauen, die nicht
unter die Hand kommen könnten. Ein sehr wesentlicher Uebelstand
sei, daß die jungen Konfessanten kaum noch eine Stellung erlangen
können, da Tausende von Mädchen Kadetten werden. Die
Frauen werden deshalb nur den Männern vorgezogen, weil sie mit
einem niedrigeren Lohn zufrieden seien. Der Staat mache es
schwerlich wie die Konfessanten. Auf den Post-, Telegraphen-, Telephon-
Kontrollen u. s. w. werden vielfach Frauen der niedrigen Löhne
wegen angestellt. Es sei eine Forderung der Gerechtigkeit, den
Frauen bei gleichen Leistungen die gleichen
Löhne zu geben. An die gebildeten Frauen ist die Mahnung zu
richten, daß sie ihre Thätigkeit zur Mitarbeit an der sozialen Frage
erziehen. Die hohen Damen wissen nicht die Arbeit ihrer niederen
Schwestern zu werthen. Der Sieg wird auf der Seite der katho-
lischen Kirche sein, wenn die Frau im Hause von Rajareth im
treuen Glauben erzogen werden kann. (Stürmischer Beifall.) Der
Präsident, Reichsgerichtsrath Dr. Spahn (Leipzig) gab hierauf
einen Rückblick auf die Verhandlungen und bezeichnete es als not-
wendig, daß die Katholiken der ganzen Welt fort und fort ver-
langten, daß dem heiligen Vater die volle weltliche Souveränität,
unabhängig von jedem Staate, gewährleistet werde. Es sei auch
notwendig, daß die Katholiken an den Wahlen nach Rom und an
der Sammlung des Petruspfennigs zahlreich sich betheiligten.
Redner gab dann der Genehmigung über den Verlauf des deutschen
Katholikentages, der auf's Beste gelungen sei, Ausdruck. Nachdem
Kardinalbischof Dr. Kopp noch der Berathung den Segen erteilt
hatte, wurden die Verhandlungen geschlossen.

Die Vermehrung der subventionirten deutschen Dampfer-
linien nach Afrika wird, wie man der „Deutsch. Ztg.“
schreibt, den Reichstag in seiner nächsten Session bestimmt
beschäftigen. In Aussicht genommen sind Fahrten
um ganz Afrika herum, sowohl vom Westen wie
vom Osten aus. Ein wesentlicher Fortschritt besteht darin,
daß dann die meisten Häfen alle 14 Tage von einem
deutschen Postdampfer berührt werden. Doch bleiben
wir damit immer noch weit hinter den englischen Dampfern
zurück. Jede Woche geht ein britischer Dampfer von
England wie von Kapstadt ab, außerdem werden noch
häufig Zwischendampfer abgelassen. Ferner fahren diese
Dampfer die ganze Strecke nur 17—18 Tage, ja öfters
hat man in Berlin die Kappost schon an 16—17 Tagen
empfangen. Wenn die deutschen Dampfer bis Kapstadt
aber noch 24 Tage brauchen, so können sie eine rechte
Konkurrenz mit den englischen nicht bestehen. Die rasche
Fahrt und die schnelle Aufeinanderfolge ziehen den Ver-
kehr unwiderstehlich an.

Konfiszirte biblische Geschichten. In dem Dorfe
Gorzen hatte der Pfarrer aus Glesin, zu welchem
Gorzen gehört, an die polnischen Kinder Bibeln, Kate-
chismen und biblische Geschichten in polnischer
Sprache vertheilt, damit die Kinder den Katechismus und
die biblische Geschichte in polnischer Sprache lernen
sollten. Von unbekannter Seite war deswegen bei der
Behörde Anzeige erstattet worden. Der Polizeikommissar
Gottschalk aus Bromberg (früher Polizeiwachmeister
in Elberfeld und aus dem Rietzen-Prozesse bekannt) er-
schien darauf mit einem Gendarmen in Gorzen, nahm bei
sämtlichen polnischen Familien mit
schulpflichtigen Kindern eine Haus-suchung
vor und konfiszirte die von dem Pfarrer geschenkten
Bücher. Daraus wurden die Familienväter und Schul-
kinder protokolllarisch vernommen.

Kleine politische Nachrichten. „Der Bedarf ist ge-
deckt.“ Die Werbungen junger Mädchen nach Süd-
afrika sind in so großer Zahl bei der deutschen Kolonial-
gesellschaft eingelaufen, daß der vorläufige Bedarf gedeckt ist.
Weitere Bewerbungen sind daher zur Zeit zwecklos. — Durch
einen Erlaß des Ministers der geistlichen Angelegenheiten ist den
Lehrern in Preußen die Uebernahme von Agenturen aus-
ländischer Versicherungsgeellschaften allgemein untersagt worden.
— Bei der Passafahrt in München mußten in den beiden
Beratungssitzungen die anwesenden Frauen und Mädchen auf
polizeiliche Anordnung den Saal verlassen. Unsere Parteigenossen
wurden den unerhörten Vorfall im Landtage zur Sprache bringen.
Wapern scheint immer mehr von der jüdischen (Polizei-) Kultur
angeeckt zu werden. — Die Zahl der Ehescheidungen
in Deutschland hat sich in den letzten 20 Jahren fast ver-
doppelt. Am zahlreichsten sind Ehescheidungen in dem Ober-
landesgerichtsbezirk Hamburg und im Kammergerichtsbezirk Berlin,
wo 76 bzw. 60 Ehescheidungen auf 100 000 Einwohner entfallen,
während im Durchschnitt auf dieselbe Einwohnerzahl nur 23 Ehe-
scheidungen kommen. — Beim Fischen auf dänischem See-
Territorium wurde der Dampferwiler „Altona“, Kapitän
Lind aus Altona, betrogen und vom Lohpöbboot „Springer“
nach FrederiksHAVN eingebracht. Nach Erlegung von 200 Kronen
Geldstrafe und Abnahme des Fanges und der Fanggeräthschaften
wurde das Schiff freigegeben. — Pafemann, Herausgeber des
„Leader“, des Organs der Litländer in Johannesburg (Transvaal)
wurde wegen Hochverrats verhaftet.

Frankreich.
Zum Fort Chabrol scheint es zu Ende zu gehen. Seit
zwei Tagen bohren die Belagerten eine Oeffnung in die
Wand des Nachbarhauses, um durch die Bresche einzeln
zu entkommen. Das betreffende Zimmer wird daher von
Gendarmen bewacht, welche bereit sind, die Ausbrecher
in Empfang zu nehmen. Guerin hat durch die Wand
hindurch flehentlich um Brod gebeten. Da ihn nun bald
die Bergelation treffen wird, verwenden sich seine Freunde
und Gesinnungsgenossen für ihn bei der Regierung. Der
Ministerpräsident Walbec-Roussseau empfing Freitag den
Erzbischof von Paris, der um Schonung für Guerin bat.
Der Ministerpräsident hob hervor, wie sehr er diesen Be-
such zu schätzen wisse, bemerkte aber gleichzeitig, daß die
Regierung nur mit sich selbst zu Rathe zu gehen habe
über die Maßregeln, die sie ergriffen habe. Die Re-
gierung habe Langmuth und Geduld gezeigt, die vom
Standpunkt der Menschlichkeit aus gerechtfertigt seien und
die sich die Regierung angesichts des rebellischen Verhaltens
Guerins als besonderes Verdienst anrechne. Diese Ant-

wort war die einzig richtige, welche Walbec-Roussseau
geben konnte. Die Bitte des Erzbischofs zeigt aber
auf neue, wo die geistigen Leiter der antisemitischen Be-
wegung, die Väter des ganzen Unheils, welches über
Frankreich gekommen ist, zu suchen sind. Einen zweiten
Schritt zu Gunsten Guerin hat eine Prozession nationall-
istischer Frauen nach dem Schlosse von Rambouillet, dem
Sommeraufenthalt des Präsidenten Loubet, unternommen.
Die Damen haben vor dem Schlosse, in welches ihnen
der Eintritt verwehrt wurde, so lange geklämmt, bis sie
den schriftlichen Befehl erhielten, Frau Loubet werde
dem Präsidenten die Petition zu Gunsten Guerin über-
reichen. — Guerin hat schon Schule gemacht. In
Rennes verbarrikadirte sich ein Journalist, der verhaftet
werden sollte, in einem Hotelzimmer. Er kapitulierte jedoch
bereits nach einer halben Stunde.

Zum Drehsus-Prozess. „Beit Republik“ erläßt
eine Warnung an die Arbeiter, sich von nationalistischer
Seite zum Streik verleiten zu lassen. — Die Regierung
trifft schon jetzt Vorkehrungen für den Tag der Urtheils-
fällung im Drehsus-Prozesse. — Es geht das Gerücht,
General Roget werde nach dem Prozesse sofort wegen
Theilnahme an dem Staatskomplott verhaftet werden. —
Du Path de Clam wurde Sonnabend Vormittag zum
fünften Male verhört. — Der „Siecle“ macht den
albernen Vorschlag, Drehsus und Esterhazy sollten auf-
gefordert werden, die deutsche Regierung von jeder Ver-
pflichtung zur Diskretion zu entbinden (!) und die Ueber-
sendung der Dokumente des Vorbereaus an die fran-
zösische Regierung zu ersitten. Derjenige von Weiden,
der sich weigere, dies Gesuch zu unterzeichnen, sei der
Schuldige. — Exminister Cavaignac ist wieder in Rennes
eingetroffen. Er hatte eine längere Konferenz mit
den Generalen Roget, Chanoine und Gonje. Man
glaubt, daß er nochmals in den Prozess eingreifen werde.
— Nach Blättermeldungen aus Rennes haben die Ver-
theidiger und der öffentliche Ankläger auf die Vernehmung
mehrerer Zeugen, zu denen auch Brisson gehört, verzichtet.
— Dem „Figaro“ wird gemeldet, Demange sei der An-
sicht, daß der Prozess, wenn nicht unvorhergesehene
Zwischenfälle eintreten, am Mittwoch oder Donnerstag
beendet werde.

Die großen Manöver des 5. und 7. Armeekorps sind,
wie im Ministerrath der Kriegsminister General Gallifet
mittheilte, in Folge von Erkrankungen an Typhus
abbestellt worden. Statt derselben würden Garnison-
übungen stattfinden.

Italien.
Rom. Der Oberstaatsanwalt hat in der Angelegen-
heit der Verletzung der Abstimungsurnen
in der Kammer Sitzung vom 30. Juni einen Beschluß
gefaßt. Er beantragt, daß die Deputirten Morgari,
Bissolati, Brampolini und de Felice vor die Geswo-
renen verwiesen werden.

Ägypten.
Ein Nothjahr in Sicht. Die diesjährige Nil-
schwelle ist ungenügend; der Nilmesser bei Assuan
weist heute, so wird der „Äbn. Ztg.“ geschrieben, einen
Wasserstand von 12 ägyptischen Ellen (= 8,04 Meter),
während um diese Zeit 15 1/2 Ellen ein unbedingtes Er-
forderuß sind. Selbst ein weiteres bedeutendes Steigen
des Flusses würde an der Thatsache eines schlechten Ueber-
schwemmungsjahres nichts mehr ändern, denn die Fluth
könnte sich bei der vorgerückten Zeit doch nur zu kurze
Zeit halten. Die Folgen für die ägyptische Landwirth-
schaft sind vernichtend, wenigstens für Oberägypten
mit seinem primitiven Beckenbewässerungssystem, das für
die Dauer von mindestens drei Wochen ein völliges Unter-
wassersehen des ganzen Kulturlandes erfordert. Das
Delta mit seinen entwickelteren Bewässerungsvorrichtungen
wird mit dem theilweisen Verlust des Sommermais und
einer Schädigung seiner Baumwollernte davonkommen.
Für Oberägypten aber bedeutet ein Nil wie der dies-
jährige die Unmöglichkeit, den allergrößten Theil des
Fruchtlandes überhaupt zu besäen. Wenn aber die beiden
Hauptkulturen der südlichen Landeshälfte, Weizen und
Bohnen, versagen, so zieht das den Ruin Tausen-
der von kleinen Bauern nach sich. Zudem er-
leidet der Staat eine bedeutende Einbuße an Grundsteuer,
denn Ländereien, die vom Nilwasser nicht erreicht werden
konnten, zahlen keine Abgabe. Also alles in allem ein
böses Jahr, erst Pest und dann Dürre.

Lübeck und Nachbargebiete.
Montag, den 4. September.
Senatorenwahl. Nach mehrstündigem Berathen hat
man sich auf die Person des Großindustriellen F. E.
Cwers jr. geeinigt.

Die Vaterstädtischen Blätter schreiben zur heutigen
Senatorenwahl:
„Man hat wie schon bei früheren Wahlen versucht, das
ganze Wahlsystem in hiesigen und besonders auch auswärtigen
Blättern angzugreifen. Wir meinen, unparteiischer, gründlicher
und gewissenhafter kann nirgends eine Wahl vollzogen werden,
als diese, wo die einsichtigsten Männer, voll bewußt der Schwere
ihrer Verantwortlichkeit, die Entscheidung treffen. Alle klein-
lichen Unterstellungen werden daher auch der ver-
bieten Nichtbeachtung anheimfallen, und als einziger
Sichtpunkt wird wie immer in den Vordergrund treten, daß
die Wahl einzig und allein vollzogen werde „Zum Wohle
Lübecks.“
Da hat's der Kieler Brieffschreiber! Alle Gläubigen
aber werden auf die Worte des vaterstädtischen Hohen-
priesters natürlich schwören und einsehen, wie gut wir's
doch eigentlich haben. Mit sieben Sieben gesteht —
„gründlicher“ kann die Auslese allerdings im Sinne
Derer, die auf den Patriziersesseln thronen, nicht aus-
fallen. Da hat der Mann Recht!
Das Sedanfest ist unbemerkt vorübergegangen. Man
sah kaum Flaggen; in der Breitenstraße bemerkten wir

an Privathäusern nur eine. Die „Abg. Anz.“ fühlen sich gemüthlich, in einem von Chauvinismus belebten Zeit- artikel die rein menschliche Kritik zu verdammen. Sie schreiben:

„Keine unwürdigere und gemeinere Be- schimpfung für unser Volk kann es darum geben, als wenn Männer, die sich Deutsche nennen, vor der Wiederkehr des Schutzes immer wieder Einspruch erheben gegen die Heiler eines sogenannten Waffensportes. Es ist eine nicht sch- wärzliche Verleumdung, wenn diese Vaterlands- losen ausserem Volke die Absicht untergeschoben werden, nach Kasselbaleman die Blutarbeit jenes Tages zu feiern. Da diese Verleumdung aber kräftigst umschicht, so muß sie am heutigen Tage zurückgewiesen werden.“

Und rührt die abgedroschene Pöbelelei so wenig, wie der naive Ruf des „treuen, muthigen Deutschen“ nach dem Staatsanwalt. Werd bleibt Werd, mag er sich heißen, in welche Formen er will, und das „Du sollst nicht tödten“ ist nicht nur auf Mörder und Mörder ge- münzt. Die überlegte Vernichtung eines Menschen- lebens hat zu allen Zeiten als das schlimmste Verbrechen gegolten und wird als solches gelten, solange der Mensch Mensch bleibt und nicht zum Thier herabsinkt. Wer ein weites Gewissen hat mag Ausnahmen zulassen, wir machen nicht mit. Krieg dem Kriege!

Herr Postel hat nach der „Eisenb.-Bzg.“ mit Rück- sicht auf sein Geschäft die Senatskandidatur ausdrücklich abgelehnt.

Der Audeutsche Verband muß etwas Schreckliches sein, meinen die „Abg. Anzeigen“ im Anschluß an eine drastische Kritik des „Vorwärts.“ Er bewahre! Er ist ein Sammelsurium von Schwabroneuren, die dem Sport huldigen, sich recht oft nach besten Kräften lächerlich zu machen.

Hanseatische Versicherungsanstalt. Herr Direktor Gehard bereift zur Zeit die von der Schleswig-hol- steinischen Anstalt gegründeten Feilanstalten. Am Freitag besichtigte er in Su sum die vom dortigen Arbeiterbau- verein errichteten Häuser, am Sonnabend das Sanatorium für Lungentranke in St. Peter.

Gefundene Gegenstände. Im Monat August d. Jz. sind beim Polizeiamte als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Mehrere Schirme, Hufeisen,

mehrere Kleidungsstücke, mehrere Handschuhe und eine Lupe.

Der Kampf der dänischen Arbeiter

dauert fort. Das Unternehmertum leitet Verhandlungen ein und bricht sie wieder ab, in der ausgesprochenen Ab- sicht, den Kampf in die Länge zu ziehen und die Ausge- sperrten durch den drohenden Hunger zu schmälicher Nachgiebigkeit zu zwingen. Diese Handlungsweise der dänischen Unternehmer muß jeder rechtlich denkende Mensch, er braucht kein Sozialdemokrat zu sein, ver- dammen, da sie gemeinschädlich ist und über viele Tausende von Menschen Noth und Elend bringt. Verwundernswürdig ist der Muth und die zähe Ausdauer unserer dänischen Arbeitsbrüder. Sie wanken und weichen nicht und hoffen fest auf den Sieg. Ein solches Vertrauen auf die gerechte Sache der Arbeit verdient, daß es durch ausgiebige und andauernde Unterstützung der Kämpfen- den belohnt werde. Arbeiter, Parteigenossen, vergeßt die ausgesperrten Dänen nicht!

Au Westfälischen Steinkohlen wurden im August von Hamburg nach Stationen der Lübeck-Hamburger Bahn 8761,5 t. befördert, ca. 1300 t. weniger, als im Vor- jahre.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat August vor dem hiesigen Amtsgerichte 8 Personen.

Dem Zwangsarbeits Hause wurden im August 6 Per- sonen im Alter von 35-62 Jahren, 3 Arbeiter und je 1 Schlosser, Feilenhauer und Schneider, und zwar 2 auf die Dauer von 1 1/2, 4 auf die Dauer von 2 Jahren überwiesen.

= Selmsdorf. Im benachbarten Lockwisch

brannte am Sonnabend Abend gegen 10 Uhr ein Kops- frohdiemen nieder, was die hiesige Feuerwehr zum Aus- rücken veranlaßte.

Schwerin. Vom Gewitter. Im benachbarten Goderen Schlag am Donnerstag Nachmittag der Blitz in das Schulzenhaus und schloß es in Flammen. Während die übrigen Bewohner sich retten konnten, ist der an- schweigend durch die Entladung gelähmte Kuhhirt ver- brannt.

Beileisten.

Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

H. S. Hans H. S. weigert, gutwillig zu zahlen, müssen Sie Klage beim Amtsgerichte anstrengen. Das Gewerbegericht ist in diesem Falle nicht zuständig.

Im Tivoli-Theater hat Dienstag Abend das technische Ver- soun. Kollier u. sein Beneh, zu welchem der Knecht 'Schwan' „Popagano“ und der Handorliche Einakter „Ein Weihnachtsbaum“ aufgeführt werden. Möge es den Benefizianten nicht an zahl- reichem Bruch fehlen

Quittung.

Für die ausgesperrten Dänen gingen ein:

Hierher anstiel	3437,00 Mk
Schuhmacher auf 2 Wsten	11,95
Dach C. B.	4,25
Häder der Dienstleistungs-Büderci	4,40
Bildhauer, 4. Rate	13,65
Richtschmied Meiners Bau	6,20
Kaler, Extrabridger durch M.	66,10
Strauer durch D.	28

Summa 3567,55 Mk.

Hierher abgehandelt
 3376,00 Mk |

Am 2. September abgehandelt
 191,00 |

Summa 3567,00 Mk.

Restand 11,55 Mk.

Redaktion des „Abg. Volksb.“

Sternschanz-Weidmarkt,

Hamburg, 2. September.

Der Schweinehandel vertiefte sich. Angeführt wurden 1200 Stück. Preise: Verlandtschweine, schwer 46-48 Mk., leichte 48-50 Mk., Sauen 40-44 Mk. und Ferkel 46-48 Mk. pr. 100 Stk.

Elise Schönbaum
Christian Schütt
Verlobte.
Zur Zeit in Lübeck.

Sonnabend Morgen endete unerwartet ein sanfter Tod das rastlos thätige Leben unserer theuren unbergeliche: Mutter

Dorothea Wulff

geb. Wank

im 87. Lebensjahre.
Wulff'schwerste betrauert von den Kindern.

Lübeck, den 2. September 1899.

Ludwig Raabe und Frau,
Marie, geb. Wulff.

Unserm lieben Papa zu seinem 30jährigen Geburtstag die besten Glückwünsche!
Ella und Heinz.

Ein junger verheiratheter Mann sucht Stellung als Comptoirbote o. als Lageraufseher.

Off. u. S. A. an die Exped. d. Bl.

1 neues gutes Sopha ist für 25 Mk. zu ver- kaufen
Gr. Grödelstraße 21.

Wer kauft
Brothaus' Conversations-Lexikon?
Näheres Dübenerstraße 8.

Altes Fischbein wird gegen bar verkauft.
H. Stoppelman,
Schirmfabrik, 5 Sandstraße 5.

Verlaufen e. schwarze Terrierhündin
Steuerzeichen 1607. Abzugeben
Biegelstraße 5a.

Gefunden eine Brille.
Abzuholen
Johannisstraße 55, part.

Damen- u. Kindergarderobe, sowie sämt- liche Näharbeiten werden sauber und billig an- gefertigt
Lützowstraße 14.

Myrthenkränze bindet
E. du Bois, Moislinger Allee 16.

Fetten Speck eigener Schlachtung
per Pfd. 60 Pfg.
empfiehlt M. Lahrts, Dübenerstraße.

Feinste und feine
Margarine
fests frisch, per Pfd. 50, 60 und 70 Pfg.
empfiehlt

Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Gelegenheitskauf!
Wegen Umbau der Geschäftslöfale der noch vor- handene Rest von

40 gebrauchten Fahrrädern
für jeden Preis, auch auf Abzahlung. Räder von 50-100 Mark. Neue Monarch-Damen- und Herrenräder 150 Mark.

H. A. Hill, Johanniststraße 9,
Fahrradgroßhandlung.

Achtung Zimmerer!

Verbands-Versammlung
am Dienstag den 5. September
präcise Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinslokal, Hundestrasse 101.

Tages-Ordnung unter Anderm:

1. Die Unfallversicherung. Referent: O. Niemeyer aus Hamburg.
2. Arbeiter-Secretariat.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1900

ist soeben erschienen und wie seine Vorgänger sehr reichhaltig ausgestattet.

Aus dem Inhaltsverzeichnis heben wir hervor:

Kalendarium, Postwesen, Reichstagswahlen von 1898, Messen und Märkte, Meister Wolfram und seine Söhne, von Nob. Schweichel. Aus der Jugendzeit, von W. Liebknecht, Entwicklung des Kalenders, Sibiriens Eisenbahn, Jacob Andorf, mit Porträt. Das Reich des Mahdi, Eringung der Coalitionsfreiheit in England, Paul Grottkau, mit Porträt. Die zehn rothen Thaler, von E. Rosenow u. s. w.

Ferner als Beilage ein Wandkalender.

Preis 40 Pfg.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung v. Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50

sowie durch deren sämtliche Colporteurs.

Auswärtige Bezahler mögen ihre Bestellungen baldigst aufgeben.

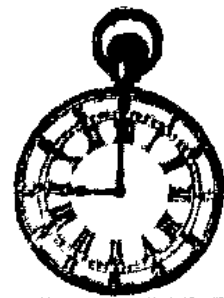
Zoologischer Garten, Lübeck.

G. m. b. H.

Nur wenige Tage:

Batty mit seinen wunderbar dressirten 5 Braunbären.

Anfang der Vorstellungen: Wochentags 1/2 6 Uhr. Erwachsene 40 Pfg. Kinder 20 Pfg.



Ihren reinigen 1,50,
Federn einsehen 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,80.
Aug. Böttner,
Uhrmacher,
Dübenerstraße 32.

**Special-Fahrrad-
Reparatur-Werkstatt**
Lübeck, Fleischhauerstr. 26, Hof.
Franz Busse.

**Laise Lotzow
Sebammee**
Dübenerstraße 43.

Neue Sommerfang-Heringe
in 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6 Tonnen.
**Ia. Weinessig
Essigsprit und Essig**
en gros & en detail
H. L. Wiegeis, vorm. J. C. Bunge,
Fischergarben 61.

Frisch gebrannt. Caffee
per Pfd. 0,80, 1,00, 1,20, 1,40 Mk.
empfiehlt
Rud. Kracht, Rakeburger Allee 40.
Viele gebrauchte **Fahrräder** billig.
guterhaltene
O. Störzner, Johanniststr. 33.

Lustfahrt
ab Travemündung 2 Uhr Nachm. nach Travemünde täglich, nach Daffow über Travemünde jeden Mittwoch und Sonnabend.
Näheres Fahrplan.

Tonhalle.
Täglich:
Großes Zither- und Gesangs-Concert
ausgeführt von den Theater-Concertsängern
„Die Alpensterne.“
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonn- und Festtags
4 Uhr. Schluß 12 Uhr.
B. Sellmann.

Tivoli-Theater.
Dienstag den 5. September.
Benefiz für den Theater-Cassirer **H. Lobow.**
Papageno.
Schwan in 4 Acten.
Vorher: Am Weihnachtsabend.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

